

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

ISSN 0479-611 X

B 23/81

6. Juni 1981

Friedrich von Krosigk
Der Nordirland-Konflikt
Dynamische Dimensionen
einer politischen Dauerkrise

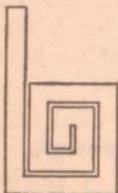
Fred Halliday
Krieg und Revolution
in Afghanistan

Friedrich von Krosigk, geb. 1937; Studium der Politischen Wissenschaft, Philosophie und Geschichte in München, Paris und Seattle (USA); Forschungs- und Lehraufenthalte in England, Australien und den USA; seit 1977 Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Philosophie und politische Aktion bei J. P. Sartre, 1969; Multinationale Unternehmen und die Krise in Europa. Eine Untersuchung zum ökonomischen Strukturwandel und seine politischen Folgen im Rahmen des europäischen Regionalismus, 1978. Zeitschriften- und Buchbeiträge zu verschiedenen Themenbereichen der Internationalen Politik.

Fred Halliday, geb. 1946 in Irland; Studium am Queen's College, Oxford, und an der School of Oriental and African Studies, London; Research Fellow am Transnationalen Institut in Amsterdam; Mitherausgeber der New Left Review.

Zahlreiche Veröffentlichungen über den Nahen und Mittleren Osten. Auf deutsch u. a.: Iran-Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg, Berlin 1979; Iran im Zeichen der Revolution, in: Der Bürger im Staat (herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg), Heft 1/1981.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
 - Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
 - Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.
- Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Nordirland-Konflikt

Dynamische Dimensionen einer politischen Dauerkrise

Eskalierende Gewalt im Zeichen der im Belfast Maze-Gefängnis um ihre Anerkennung als politische Gefangene hungerstreikenden IRA-Häftlinge sowie neue Vorstöße Londons zur Eindämmung der nicht abreißen den Konflikte in ihrer Krisenprovinz haben Nordirland einmal wieder in den Brennpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit rücken lassen. Während die Erscheinung der Gewalt in Ulster eher ein vertrautes Bild bietet und abgesehen vom zuvor nicht so massiv praktizierten Einsatz des Hungerstreiks als Waffe in der Hand der IRA eher auf Kontinuität in Nordirland verweist, sind es die beim letzten anglo-irischen Gipfeltreffen vom Dublin am 8. Dezember 1980 entwickelten Initiativen zur Lösung der Nordirland-Krise, die die eigentlich neuen Perspektiven eröffnen. Angesichts der immer noch drohenden Eruption eines erweiterten Bürgerkrieges in der einst semi-autonomen Provinz Großbritanniens hat sich ein Kurswechsel britischer Nordirland-Politik angebahnt, der zugleich erstmals die Öffentlichkeit mit dem Eingeständnis einer Bilanz des Scheiterns des nun schon über zehn Jahre währenden Krisenmanagements Westminsters konfrontiert. Die noch immer explosive Lage im Norden der „grünen Insel“ ist in zunehmendem Maße ein Belastungsfaktor für die gesamte britische Gesellschaft geworden.

Der traditionelle Versuch Großbritanniens, einerseits durch Kooperation mit den verschiedenen gemäßigten Kräften innerhalb der katholischen Social Democratic Labour Party und der protestantischen Unionist Party in Nordirland die Basis zu legen für den Aufbau eines sektiererische Fronten überbrückenden Systems des „power-sharing“, andererseits mit Hilfe militärischer Gewalt die radikalen Kräfte, bei besonderer Präferenz für die IRA, auszuschalten, hat sich als vergeblich erwiesen. Die schon so oft aufgerieben geglaubte IRA hat sich als hochoberfährene und effiziente Guerillastreitkraft mit weiter Unterstützung in den katholischen Ghettos Nordirlands behaupten können, so daß maßgebliche Kreise der britischen Armee ihr inzwischen militäri-

sche Unbesiegbarkeit bescheinigt haben¹⁾. Die sensationelle Wahl des IRA-Hungerstreikers und inzwischen verstorbenen Bobby Sands ins britische Unterhaus hat diese Kalkulationen des skeptischen Militärs untermalt.

Der noch im vergangenen Jahr vom neuen Nordirlandminister Atkins eingeleitete Versuch, eine Neuauflage der Politik des power-sharing zu inszenieren, scheiterte nach Monaten vergeblicher Verhandlungen, insbesondere an den kompromißlosen Machtansprüchen der protestantistischen, d. h. unionistischen Majorität. Mit dem gegenwärtigen Umschwenken der britischen Regierung auf einen engen Kooperationskurs mit Dublin deutet sich die neue Linie eines Konfrontationskurses gegenüber den Protestanten Nordirlands an. Die „Umarmungen“ zwischen Margaret Thatcher und dem einst mit dem Waffenhandel der IRA verbundenen Charles Haughey, dem gegenwärtigen irischen Premierminister und Führer der Fianna Fail Party, sprechen für sich. Der Weg über Dublin mag zur momentanen Mäßigung der IRA führen, wie das abrupte Ende des Hungerstreiks im Dezember vergangenen Jahres nur wenige Tage nach dem anglo-irischen Gipfeltreffen suggeriert, zugleich aber wird er das Mißtrauen und den Widerstandswillen der Protestanten verschärfen, die nach wie vor jede konstitutionelle Verbindung Ulsters mit dem Süden Irlands, wie sie Haughey als Preis für seine Kooperationspolitik fordert, strikt ablehnen.

Die Aussicht auf eine politische Lösung der Nordirland-Krise erscheint weiterhin blockiert. Die wachsende Militanz auf protestantischer und katholischer Seite verdeutlicht das Dilemma des britischen Kurswechsels. Ein Ende der blutigen Auseinandersetzungen, denen im vergangenen Jahrzehnt mehr als 2 000 Menschen zum Opfer fielen, ist noch immer nicht abzusehen.

¹⁾ Vgl. das vom militärischen Intelligence Service Großbritanniens erstellte und vom General James Glover unterzeichnete Memorandum „Northern Ireland: Future Terrorist Trends“, D/DINI/2003.

Zum Problem der Konfliktanalyse

Eine Dauerkrise, wie sie in Nordirland an Profil gewonnen hat, bringt ihre besonderen Interpretationsschwierigkeiten mit sich. Die Permanenz der Konfliktmanifestation verführt zur statischen Betrachtung der Konfliktursachen. Wer beispielsweise die Geschichte der irischen Unruhen Revue passieren läßt, kann sich zunächst kaum des Eindrucks erwehren, mit einer ungeheuren historischen Statik, die in der Entfaltung dieses Konfliktherdes am Werke erscheint, konfrontiert zu sein.

Mehr als 800 Jahre der Gewalt in Irland — 1171 eroberte der englische König Heinrich II. die drei historischen Provinzen Irlands: Ulster, Munster, Leinster — sprechen für sich. Noch heute bietet die Präsenz der britischen Truppen in Nordirland für den unbedachten Beobachter ein Bild der Permanenz britischer Herrschaft und anglo-irischer Polarität. Die augenscheinliche Statik dieser Konfliktsituation wird untermalt durch die traditionalistischen Elemente der irischen Gesellschaft, in der noch heute wie zur Zeit der Religionskriege soziale und politische Identität über konfessionelle Loyalität vermittelt erscheinen, in der Schlachten vergangener Jahrhunderte symbolträchtige Aktualität in Paraden und Feierlichkeiten alljährlich zurückgewinnen und in der der Mythos von „Unionism“ und „Nationalism“ die Zäsur zweier Weltkriege, die das Ende des britischen Empire erzwungen haben, ungebrochen überlebt zu haben scheinen.

Die Permanenz der politischen Krise Nordirlands und ihre traditionalistische Dekoration hat vielerorts zum Schluß auf eine Permanenz der sie tragenden Strukturen, unter Vernachlässigung einer Auseinandersetzung mit den veränderten Bedingungen der irischen Gesellschaft und ihrer internationalen Umgebung, geführt. Die beispielsweise in der marxistischen Diskussion weithin respektierte Anwendung der an der britischen Herrschaft orientierten Imperialismustheorie auf die irische Frage ist von dieser Schwäche charakteristisch gezeichnet und verdient nähere Beachtung schon aufgrund des weitgehenden Konsenses, der in der Bewertung der praktischen Konsequenzen dieser Theorie besteht.

Der nordirische Konflikt erscheint in dieser Perspektive untrennbar verbunden mit dem alten irischen Kampf um nationale Einheit und Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft und Ulster als Relikt einer auf Irland ge-

richteten britischen „Divide-et-impera-Strategie“. Indem Großbritannien — so lautet die weitverbreitete Argumentation ²⁾ — dem Süden Irlands Unabhängigkeit gewährte, der so entstandenen Republik jedoch die Souveränität über die sechs nördlichen Grafschaften, in denen die irische Industriemacht konzentriert lag, verwehrte, wurde die irische Hoffnung auf echte Unabhängigkeit und sozialistischen Wandel sabotiert. Mit Ulster als kolonialem Brückenkopf britischer Herrschaft ist die Republik Irland im Netzwerk neokolonialer Abhängigkeit verfangen geblieben. Gesellschaftliche Polarisierung in Ulster ebenso wie die damit eng verbundene verhängnisvolle Teilung Irlands werden zum output des britischen Imperialismus deklariert. Nordirland avanciert zum anti-imperialistischen Schlachtfeld. Boserup hat diese Position wie folgt charakterisiert:

„British domination is thus seen as the root of all the problems of Ireland. In the socialist ideology British domination becomes British imperialism. In this way everything fits nicely into place in what appears to be a consistent socialist theory. The severing of the links with the British oppressor becomes the precondition for socialism in Ireland. The Orange oligarchy in the North (as well as the Green Tories in the South) become the middlemen of the neo-colonialist agents of British imperialism, and the Unionist workers, lured by petty privileges, its helpless tools. Most important: the existence of the common enemy, British imperialism, fuses Catholics and Protestants into one 'people' in so far as their objective interests are concerned. National differences conveniently recede into the background. Divisions among the people are the result of false consciousness; itself the consequence of the divide-and-rule policies of imperialism and its local executioners.“³⁾

25. Dezember 1978. — Eine ausführliche Diskussion der neueren Entwicklungen innerhalb der IRA findet sich in dem in *Le Monde Diplomatique* (Februar 1981) erschienenen Artikel: „Nouvelle Donne dans la Crise de L'Ulster“.

²⁾ So etwa bei: C. D. Greaves, *The Irish Crisis*, London 1972; Michael Farrell, *Northern Ireland — an Anti-Imperialist Struggle*, in: *Socialist Register* 1977; ders., *The Orange State*, London 1976; Mary Turner, *Social Democracy and Northern Ireland, 1964—70: The Origins of the Present Crisis*, in: *Monthly Review*, Vol. 30, 1978.

³⁾ Anders Boserup, *Contradictions and Struggles in Northern Ireland*, in: *Socialist Register* 1972, S. 181.

(Die britische Herrschaft erscheint aus dieser Sicht als die Wurzel aller Probleme Irlands. In der Perspektive der sozialistischen Ideologie wird die britische Herrschaft zum britischen Imperialismus. Auf diese Weise wird alles fein säuberlich zurechtgerückt, zu dem, was dann als eine konsistente sozialistische Theorie erscheint. Die Zerstörung der Bindungen zum britischen Unterdrücker wird zur Voraussetzung für Sozialismus in Irland. Die ‚Oranier-Oligarchie im Norden (als auch die ‚grünen Tories im Süden) werden zu Mittelsmännern, zu neo-kolonialistischen Agenten des britischen Imperialismus, und die Unionistischen Arbeiter, geködert durch kleine Privilegien, zu deren hilflosen Werkzeugen. Und besonders wichtig: Die Existenz des gemeinsamen Feindes, der britische Imperialismus, läßt Katholiken und Protestanten in ein ‚Volk‘ verschmelzen, was ihre objektiven Interessen betrifft. Nationale Differenzen treten päßlich in den Hintergrund zurück. Kluften zwischen den

Menschen sind das Ergebnis ‚falschen Bewußtseins‘, letzteres wiederum wird zum Ergebnis der Teile- und Herrsche-Politik der Imperialisten und ihrer lokalen Gehilfen deklariert.)“

Die praktisch-politischen Konsequenzen dieser Position laufen auf eine enge Verflechtung des Rufs nach Überwindung des protestantisch-britischen Herrschaftsapparates mit dem Postulat der Einheit Irlands hinaus. Beide Forderungen zusammen sind nicht nur in die Programmatik von Provisional und Official IRA, Sinn Fein, und anderen militanten irisch-nationalistischen Organisationen eingegangen oder ein Privileg „linker“ Irlandpolitik geblieben, sie finden vielmehr zunehmende Resonanz auch auf seiten irischer Regierungskreise und sind ein gewichtiger Faktor der laufenden Verhandlungen zwischen Dublin und London um eine Lösung der Nordirland-Frage geworden. Premier-Minister Charles Haughey hat im Gegensatz zur zumindest rhe-

Wichtigste Parteien und paramilitärische Organisationen

Ulster-Unionist Party (UP): 1905 in den Home-Rule-Unruhen zur Sicherung der Union mit England gegründete protestantische Einheitspartei. In den Auseinandersetzungen um die nordirische Reformpolitik der 60er und 70er Jahre zerbrach die UP in einen gemäßigten (Alliance Party, Unionist Party of Northern Ireland) und einen radikalen, sog. loyalistischen (d.h. loyal zu England stehenden) Flügel (Official Unionist, Democratic Unionist Party [Paisleyites], Vanguard).

Sinn Fein: 1907 in den Kämpfen um home-rule von Arthur Griffith gegründete Partei des irisch-katholischen Separatismus und Nationalismus, die seit 1930 als politisches Sprachrohr der IRA fungiert.

Social Democratic Labour Party (SDLP): 1970 gegründet; aus der inzwischen zusammengebrochenen Nationalist Party Nordirlands hervorgegangene katholische Reformpartei.

Fianna Fail: Größte Partei der Republik Irland, die auch gegenwärtig die Regierung stellt. 1926 aus Sinn Fein unter De Valera abgespalten; heute in der EG mit den französischen Gaullisten kooperierend.

Orange Order: (in Anlehnung an den protestantischen Befreier Wilhelm von Oranien genannte) politisch-religiöse Organisation zur Sicherung von protestantischer Vorherrschaft und nordirischer Union mit England. 1795 als Schutz- und Kampforganisation in den Auseinandersetzungen mit den militanten katholischen Pächtern Ulsters gegründet. Die eigentliche Bedeutung als Zentrum des protestantischen Herrschaftssystems kam dieser Organisation erst im Zuge der Home-Rule-Unruhen gegen Ende des vorigen Jahrhunderts zu. Effektives Instrument protestantischer Massenmobilisierung, Diskriminierung und Patronage. Heute mit dem loyalistischen Flügel der Unionist Party verbunden.

IRA (Irish Republican Army): Guerilla-Organisation, die aus dem irischen Unabhängigkeitskampf gegen England (1919–21) hervorging und dessen radikaler Flügel — zunächst unter De Valera — auch nach dem anglo-irischen Vertrag (1921) den Kampf gegen England und die Teilung Irlands kontinuierlich fortsetzte. 1969 Spaltung in (militant-radikale) Provisional und (links-gemäßigte) Official IRA. Die Provisional IRA bildet heute das militärische Zentrum des anti-britischen und anti-protestantischen Widerstandes in Nordirland.

Ulster Workers Council (UWC): Organisatorisches Zentrum des protestantischen Generalstreiks vom Mai 1974, der die power-sharing Exekutive unter Faulkner zu Fall brachte. Starke Basis in der protestantischen Facharbeiterschaft.

Ulster Defence Association (UDA): Paramilitärische, loyalistisch orientierte protestantische „Verteidigungs“-Organisation, die wesentlichen Anteil am Erfolg des protestantischen Generalstreiks von 1974 hatte und noch heute eine der wichtigsten Zentren protestantischer Gewalt bildet mit starkem Rückhalt in der protestantischen Arbeiterschaft.

torisch vorsichtiger taktierenden Nordirland-Politik seines Vorgängers Jack Lynch in seinem Regierungsprogramm dem Ziel der Verwirklichung der irischen Einheit „first political priority“⁴⁾ zugeschrieben, unter Betonung, daß in der Überwindung der irischen Teilung der eigentliche Schlüssel zur Überwindung der „sectarian violence“ in Nordirland zu sehen sei. Konservative Praktiker und sozialistisch inspirierte Interpreten der irischen Politik finden sich in dieser Auffassung harmonisch vereint.

Die Maxime, nach der Haughey Nordirland-Politik betreibt, gewinnt durch Greaves sozialistische Rückendeckung, wenn dieser von der Einheit Irlands schreibt: *It (a united Ireland) is not only a means of liberating six county Catholics from Unionism it is a means of liberating also the men of the Shankill Road (ein protestantisches Arbeiterviertel in Belfast), and the surest road to socialism, which is what their best representatives desire.*⁵⁾ („Es [ein vereinigtes Irland] ist nicht nur ein Mittel zur Befreiung der Katholiken der sechs Grafschaften vom Unionismus, sondern auch ein Mittel zur Befreiung der Menschen der Shankill Road und der sicherste Weg zum Sozialismus, den ihre besten Vertreter in Wirklichkeit erwünschen.“)

Daß eine friedliche Lösung der Nordirland-Krise, solange sie unter dem Primat der irischen Einheit konzipiert ist, gegenwärtig

kaum Realisierungschancen hat, bedarf keiner aufwendigen Illustration. Es genügt der Verweis auf die resolut ablehnenden Reaktionen der protestantischen Majorität Nordirlands auf derartige Ansinnen; von der Home-Rule-Krise unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis hin zum Generalstreik von 1974 hat diese Majorität bewiesen, daß sie gewillt und effektiv imstande ist, ihre eigenen anti-republikanischen, d. h. gegen die Einbeziehung in die irische Republik gerichteten Interessen notfalls auch gewaltsam zu verteidigen. Um so dringlicher stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die Prämissen dieser einflussreichen, am Primat der irischen Einheit — bzw. der Überwindung der britischen Herrschaftsansprüche — orientierten Linie der Nordirland-Politik überhaupt haltbar sind. Eine Analyse der Ursachen der Teilung Irlands ebenso wie eine Untersuchung des Verhältnisses Großbritanniens zu Irland erscheint als dringlicher erster Schritt auf der Suche nach einer Antwort auf diese Frage, mit der notwendig die oft übergangenen dynamischen Dimensionen der Nordirland-Krise in das Blickfeld treten. In einem weiteren letzten Schritt gilt es die Rückwirkungen dieser Veränderung auf die Stellung und Haltung der protestantischen Majorität in Ulster, an deren resoluten Widerstand eine Lösung der Nordirland-Krise bislang gescheitert ist, aufzuzeigen.

Zur Teilung Irlands: Historische und strukturelle Grundlagen

Jahrhunderte der anglo-irischen Konflikte haben ein differenziertes Betrachten der Situation Nordirlands erschwert. Nur gar zu nahe liegt der alte Verweis auf die ungelöste „irische Frage“, um den heutigen Krisenherd in die Kontinuität des irischen Befreiungskampfes zu versetzen; Ulster, ein letzter Brückenkopf britischer Herrschaft in Irland, „*the territory the British were able to hold on after the Irish liberation war*“ („das Gebiet, das die Briten nach dem irischen Befreiungskrieg in ihrer Hand behalten konnten“), wie Turner⁶⁾ es formuliert hat. Nur gar zu leicht wird aus dieser Perspektive die Eigenheit der Entwicklung

Nordirlands gegenüber dem restlichen Süden übergangen.

Die Sonderstellung Ulsters läßt sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen⁷⁾. Paradoxiertweise war es jedoch ursprünglich gerade die beharrliche Resistenz dieser Region gegen anglo-normannische Eroberungsversuche und damit gegen kulturelle und politische Fremdbestimmung, die die Eigenheit des Nordostens Irlands ausmachte. Ulster war ein Zentrum gälischer Kultur und blieb bis in die Neuzeit hinein dem englischen Gesetz entzogen. Erst im 17. Jahrhundert sollte es der englischen Administration gelingen, diesen konservativsten und archaischesten Teil der Insel unter Kon-

⁴⁾ Unity with Ulster Pressed, in: New York Herald Tribune, 8. Juli 1980. Vgl. die vorsichtigeren Linien der Nordirland-Politik, die Jack Lynch in seinem Aufsatz „The Anglo-Irish Problem“ in Foreign Affairs, Vol. 50, No. 4 1972, gezeichnet hat.

⁵⁾ C. D. Greaves, a. a. O., S. 214.

⁶⁾ M. Turner, a. a. O., S. 31.

⁷⁾ Zur Geschichte Irlands bzw. Ulsters vgl. insbesondere: James C. Beckett, *The Making of Modern Ireland 1603—1923*, London 1969; Liam de Paor, *Divided Ulster*, Pelican Books 1973.

trolle zu bringen. Für das Schicksal Ulsters jedoch eigentlich bestimmend war nicht so sehr die späte Kolonisierung unter den Stuarts, sondern der eigene Charakter dieser Kolonisierung. Denn anders als das übrige Irland wurde Ulster nicht auf der Basis einer Eroberungsstrategie unterworfen, die sich wie im Süden zunächst darauf beschränkte, die Führungsschichten zu anglifizieren, sondern mit Hilfe einer Siedlungspolitik — getragen durch schottische Presbyterianer —, die die ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen zutiefst und frühzeitig veränderte. Die unter James I. gegründeten Ulster-Siedlungen („plantations“), vornehmlich konzentriert auf die Belfast umgebenden Grafschaften Antrim und Dows, schufen in vieler Hinsicht die Voraussetzungen für eine eigenständige Entwicklung im Nordosten und damit zugleich die Grundlagen für eine spezifisch nordirische Konfliktkonstellation. „Durch die Kolonisation im Rahmen der ‚Plantation‘ begann eine Entwicklung, die schließlich bis zur heute bestehenden engen Bindung Ulsters (genauer: Nordirlands) an Großbritannien führte. Das Problem der konfessionell gespaltenen Gesellschaft nahm hier seinen Anfang.“⁴⁾

Die noch heute wirksame und jetzt anachronistisch erscheinende Polarisierung Ulsters auf konfessioneller Basis hat ihre Wurzeln in der verhängnisvollen Kongruenz von Konfession und sozialem und ökonomischem Status, die diese Region im Zeichen der Eroberung und gewaltsamen Siedlung von Schottland her geprägt hat. „Settlers“ und „Natives“, Eroberer und Entrechtete, haben über die konfessionelle Zugehörigkeit — und nicht wie in anderen weißen Siedlerkolonien über die Hautfarbe — ihr erstes „äußeres“ Unterscheidungsmerkmal gewonnen.

Im Hinblick auf die Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung Ulsters mag es hier genügen, darauf zu verweisen, daß die schottischen Siedler nicht nur eine stärker profilierte handwerkliche Tradition mit sich brachten, sondern auch ein anderes Pachtsystem (es wurde später als Ulster-Custom bekannt) importierten, das den Vorzug langfristiger Verträge und größerer Berücksichtigung der eigenen Interessen der Pächter bot. Beides zusammen schuf die Voraussetzungen einer schon Ende des 17. Jahrhunderts einsetzenden prosperierenden ökonomischen Entwicklung des einst archaischen und rückständigen Nordostens Irlands. Sie sollte sich dann im 19. Jahr-

hundert als besonders günstige Plattform für eine Entfaltung der industriellen Revolution erweisen.

Neuere Forschungen zur industriellen Entwicklung Irlands haben wichtige Einsichten in die strukturellen Grundlagen der irischen Teilung verschafft — Erkenntnisse, die solange verdeckt blieben, als sich das Interesse einseitig auf die Ereignisse um 1920 und die von Lloyd George eingeleitete Politik der Teilung Irlands konzentrierte. So hat Gibbon⁵⁾ darauf aufmerksam gemacht, daß sich im Zuge der industriellen Revolution zwei unterschiedliche regionale Wirtschaftszonen mit unterschiedlichen Produktionsformen in Irland herausgebildet haben. Während der Norden, aufbauend auf eine günstige handwerklich-städtische und auch agrarische Infrastruktur, zum neuen Zentrum einer mit Glasgow und Liverpool bzw. dem Lancashire eng verkoppelten Schiffsbau- und Leinenindustrie avancieren konnte, wurde der Süden zunehmend auf die Rolle einer extensiven Agrarprovinz Englands fixiert. Der 1801 vollzogene Act of Union zwischen England und Irland, ausgelöst als Reaktion auf die von der amerikanischen und französischen Revolution inspirierten irischen Unabhängigkeitsrevolte — in ihr nahmen Elemente des presbyterianischen Bürgertums in Belfast eine führende Rolle als Verfechter eines gesamtirischen Separatismus ein —, hat Zusätzliches dazu beigetragen, um diese dualistische Entwicklung zu vertiefen: Mit der erzwungenen Auflösung des irischen Parlaments versank Dublin im Provinzialismus; die Durchsetzung des Freihandelsabkommens mit England dagegen erleichterte den Aufstieg Belfasts auf der Basis der Integration Nordirlands in das britische industrielle System, zerstörte aber zugleich die traditionellen Industrien des Südens um Dublin und Cork und besiegelte dort das auf die große Hungerkatastrophe (1845—1851) weisende Schicksal der Landwirtschaft.

Belfasts Aufstieg zum industriellen Zentrum Irlands im 19. Jahrhundert vollzog sich auf Kosten eines sich vertiefenden inner-irischen ökonomischen Dualismus, dessen politisches Konfliktpotential im Aufkommen von Home-Rule-Bewegung im Süden und Unionism im Norden Irlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konsequenten Ausdruck gewonnen hat. Die Existenz zweier unterschiedlicher regionaler Ökonomien mit entsprechend differenzierenden sozialen Formatio-

⁴⁾ Klaus Stadler, Nordirland. Analyse eines Bürgerkrieges, München 1979, S. 8.

⁵⁾ Peter Gibbon, The Origins of Ulster Unionism, Manchester 1976.

nen innerhalb Irlands muß als entscheidender Faktor gewertet werden auf dem Wege der Entstehung dieser divergierenden politischen Bewegungen: „Unionism“ als Bewegung, in der die Interessenverknüpfung der protestantischen Majorität Ulsters mit Großbritannien, „Nationalism“ als katholisch-gälische Bewegung des agrarischen Südens, in der die Revolte gegen die britische Vorherrschaft und später gegen deren „Potentate“ im Norden ihren Ausdruck fanden ¹⁰⁾.

Inwieweit die hier aufgezeigten strukturellen Grundlagen der irischen Teilung auf die gegenwärtigen Verhältnisse Irlands übertragbar sind, wird noch zu klären sein. In diesem Zusammenhang mag es zunächst genügen, darauf zu verweisen, daß die entscheidenden politischen Bewegungen Irlands auf der Basis dieses strukturellen Dualismus ihre langfristigen und noch in die Gegenwart hineinreichenden politischen Orientierungslinien geformt haben.

Das Verhältnis Großbritanniens zu Irland

Politische Aspekte

Eine der wesentlichen Schwächen vieler auf die britische Herrschaft fixierten Interpretationen des Nordirland-Konflikts liegt in der unzureichenden Beachtung der dynamischen Veränderung im anglo-irischen Verhältnis. Daß Großbritannien ursprünglich gewichtige politisch-strategische, aber auch ökonomische Interessen im Süden wie im Norden Irlands verfolgte, kann kaum bezweifelt werden. Der Act of Union von 1801, der Irland als Provinz Großbritanniens konstituierte, ist das Produkt solcher Interessen. Furcht vor der Entstehung eines französischen Brückenkopfes auf der von Unruhen erfaßten irischen Insel hat diesen letzten Zugriff auf die politische Autonomie Irlands entscheidend bestimmt. Aber das britische Herrschaftsinteresse an Irland, das im 17., 18. und noch im 19. Jahrhundert evident war, läßt sich nicht nahtlos in eine Linie mit dem Government of Ireland Act von 1920, der die verhängnisvolle Teilung Irlands politisch besiegelte, fügen.

Die schon angesprochene populäre Interpretation der Teilung Irlands als Ergebnis einer britischen „Divide-et-impera-Strategie“ stützt sich vornehmlich auf das Argument der massiven Opposition, die der irischen Home-Rule-Bewegung aus Kreisen der Conservative Party und der britischen Armee entgegenschlug. Illustre Tories wie Edward Carson als Führer des Ulster Unionist Council, Randolph Churchill, der aus wahltaktischen Gründen auf die Orange Card gesetzt hatte, oder gar Bonar Law, Führer der Tories zur Zeit der 3. Home-

Rule-Bill, haben die Ziele der auf Union mit England setzenden Protestanten — der Ulster Unionists — mit Nachdruck vertreten. Ihr Einsatz gegen Home Rule war jedoch weit weniger bestimmt von direkten Interessen an Irland bzw. Ulster selbst als von der Sorge um die Integrität des britischen Empire. Gewiß, die Anti-Home-Rule-Kampagne der Ulster Unionists fand zahlreiche Sympathisanten unter Tories, Landlords und Armee-Offizieren in England und vermochte starke Resonanz in Parlament und Öffentlichkeit Großbritanniens zu gewinnen. Diese höchst wirksam formierte Oppositionsgruppe hat jedoch nie eine dominierende Stellung in der britischen Politik beziehen können, und dies gilt insbesondere für den entscheidenden Zeitraum der parlamentarischen Diskussion der 3. Home-Rule-Bill, der 1911 begann. Selbst die militantesten Vertreter des Unionism in England sahen sich später unter dem Eindruck des sich hinziehenden Weltkrieges und angesichts der Notwendigkeit zur Sicherung des Sieges ein Arrangement mit Irland in der Home-Rule-Frage zu finden, gezwungen, ihre Unterstützung für Ulster zu revidieren. Wie Boyce in seiner Studie über die Haltung der Konservativen zur Ulster-Frage und zur irischen Teilung belegt, bestand gegen Ende des Ersten Weltkrieges allgemeiner Konsens in Westminster über die Notwendigkeit, Irland in der einen oder anderen Weise Home-Rule zu gewähren ¹¹⁾.

Der Government-of-Ireland-Act von 1920 sowie der anglo-irische Vertrag von 1921, die beide zusammen der irischen Frage auf der Ba-

¹⁰⁾ Ders., a. a. O., S. 9 f.

¹¹⁾ D. G. Boyce, *British Conservative Opinion, the Ulster Question and the Partition of Ireland*, in: *Irish Historical Studies* 67, 1970—71.

sis der Teilung ihre fragwürdige, explosive Lösung gegeben haben, trägt nicht die Schrift eines britischen Herrschaftskomplots, sondern eher die Zeichen eines Kompromisses, bei dem sich keine der betroffenen Parteien glücklich preisen konnte — eines Kompromisses, der auch nicht den Eindruck erweckt, als sei er unter Regie einer britischen Regierung zustande gekommen, die den Gang der Dinge voll unter Kontrolle hatte, geschweige denn darauf aus war, Nordirland unter allen Bedingungen der britischen Krone zu erhalten. Weder die nordirischen Unionists hatten die Teilung angestrebt, noch war dieses Ziel von der britischen Regierung selbst im Rahmen der verschiedenen Phasen der Home-Rule-Kampagne verfolgt worden. Zur Debatte stand lediglich das Ausmaß gesamtirischer Selbstverwaltung. Die Entscheidung für den Kompromiß der Teilung fiel unter den Zwängen des zweijährigen Guerillakrieges, den die irischen Nationalisten im Süden gegen die britische Verwaltung führten, sowie unter dem Eindruck des entschlossenen Anti-Home-Rule-Widerstandes der Protestanten Ulsters¹²⁾.

Ökonomische Dimensionen

Das gedämpfte Interesse Großbritanniens an Irland zum Zeitpunkt der durch den Government-of-Ireland-Act legalisierten Teilung gewinnt deutlichere Konturen unter Berücksichtigung der ökonomischen Dimensionen des anglo-irischen Verhältnisses.

Bereits im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich das wirtschaftliche Interesse Großbritanniens an Irland drastisch reduziert. Im 18. Jahrhundert war Irland im wesentlichen als Lieferant von Rohstoffen, agrarischen Produkten und Pachtzinsen für England ökonomisch interessant geworden. Im 19. Jahrhundert bekam Irland im Zeichen der anglo-irischen Union erweiterte Bedeutung als Lieferant billiger Arbeitskräfte für die expandierende britische Industrie und williger Soldaten für das Empire sowie als zusätzliche Einnahmequelle von Steuergeldern.

Zwei Ereignisse trugen jedoch schon im selben Jahrhundert dazu bei, die wirtschaftliche Attraktivität Irlands für England erheblich zu mindern:

1. Die von Gladstone eingeleiteten Land-Acts, die den irischen Pächtern erhöhte Sicherheit

gegenüber ihren anglo-irischen Landlords verschafften und deren Gewinnmargen reduzierten; sie wurden später ergänzt durch die Land-Purchase-Acts, die den vollständigen Rückzug der Landlords bewirkten.

2. Die zunehmende Konkurrenz im Agrarbereich durch Überseeproduzenten wie Australien, Neuseeland und Kanada. Irlands ursprüngliche Monopolstellung für Milch- und Fleischprodukte auf dem britischen Markt brach rasch zusammen unter der fortschreitenden Entwicklung der Dampfschifffahrt.

Wie Erich Strauss in seiner Untersuchung über das anglo-irische Verhältnis vor dem Ersten Weltkrieg aufzeigt, waren bis zum Jahr 1913 die Hauptquellen materieller Ausbeutung Irlands *dried up or dwindled, and calculated in terms of hard cash Ireland had, indeed, become a liability for the British Empire*¹³⁾ („ausgetrocknet oder dahingeschwunden, und kalkuliert in barem Geld war Irland in der Tat zu einer Belastung für das britische Empire geworden“). Auch als Absatzmarkt für englische Produkte verlor Irland im Zeichen des Kollapses seiner Landwirtschaft und der daraus resultierenden beschränkten Zahlungsfähigkeit im Außenhandel seine ursprüngliche Bedeutung.

Bleibt die Problematik der strukturellen Abhängigkeit Irlands, die insbesondere im ökonomischen Bereich auch nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit des Südens das anglo-irische Verhältnis überschattete. Schon Conolly warnte 1897: „*If you remove the English army tomorrow and hoist the green flag over Dublin Castle, unless you set about the organisation of the socialist republic your effort will be in vain. England would still rule you through her capitalists, through her landlords, through her financiers...*“¹⁴⁾ („Wenn ihr die englische Armee morgen abzieht und die grüne Flagge über Dublin castle hißt, so wird dieses Mühen vergeblich sein, es sei denn, ihr geht an die Organisation der sozialistischen Republik. England würde euch noch beherrschen durch seine Kapitalisten, seine Landlords und seine Finanziere...“) Bekanntlich wurde die nationale Revolution Irlands von keiner sozialistischen Revolution begleitet; Irland blieb der Status eines Satellitenstaates in der europäischen Peripherie vorbehalten. Der Versuch, eine autozentrische Wirtschaftsentwicklung mit Hilfe protektionistischer Han-

¹²⁾ 471 414 Protestanten unterzeichneten am 28. September 1912 die berühmte Ulster Covenant gegen Home-rule.

¹³⁾ Erich Strauss, *Irish Nationalism and British Democracy*, London 1951, S. 202.

¹⁴⁾ Shan van Vocht, Januar 1897.

dels- und Investitionsschranken einzuleiten, führte ins Scheitern. Elf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem Irland noch beharrlich einen unabhängigen Neutralitätskurs gegenüber England verfolgt hatte, setzte im Rahmen des Programm of Economic Expansion die Phase der Öffnung der irischen Wirtschaft zunächst primär zum britischen Markt hin ein. Der Manufactures Act von 1964, der die Hindernisse für Auslandsbeteiligungen an irischen Unternehmen entfernte, sowie das anglo-irische Freihandelsabkommen von 1966 vollendeten diesen Prozeß, mit dem der Süden zumindest ökonomisch in den britischen Raum quasi reintegriert wurde.

Dennoch hat sich im Laufe dieser anglo-irischen Annäherung die Struktur der irischen Abhängigkeit nicht unbeträchtlich modifiziert. Mit der Öffnung zum britischen Raum vollzog sich Hand in Hand ein Prozeß der Öffnung zur EWG und zur internationalen Wirtschaft insgesamt. Der irische Versuch, mit Hilfe großzügiger Anreize ausländisches Kapital für den Aufbau einer exportorientierten Industrie anzusiedeln, hat nicht nur britisches Interesse erweckt. Zu den wichtigsten Auslandsinvestoren in Irland zählen heute neben britischen Unternehmen die der USA und der EWG (mit deutlich deutscher Präferenz). Abhängigkeit hat im Rahmen dieser auf ausländische Investoren orientierten Entwicklungsstrategie Irlands eine multipolare, europäisch-atlantische Struktur gegenüber dem traditionellen Einflußmonopol Großbritanniens gewonnen.

Im Gegensatz zum Süden Irlands wurde für Ulster das Verhältnis zu Großbritannien ursprünglich sehr stark bestimmt von den objektiven Bedürfnissen der dort im 19. Jahrhundert entstandenen und das Wirtschaftsgeschehen dominierenden Industriezweige, der Leinenindustrie und dem Schiffbau. Gerade diese Industrien hatten im Falle eines gesamtirischen Home-Rule-Sieges alles zu verlieren. Ihre starke Exportorientierung machte sie abhängig von gesicherter Integration in das britische Wirtschaftssystem und dessen Absatzmärkte. Der schon im Rahmen der Diskussion der irischen Teilung aufgewiesene strukturelle Nord-Süd-Dualismus bestimmte auch das unterschiedliche Verhältnis zu Großbritannien. Der protestantische Widerstand gegen die Home-Rule-Bewegung und der daraus resultierende Unionismus war nicht das Produkt religiöser Hirngespinnste, sondern konkreter wirtschaftlicher Interessen. *„To exchange their share in British trade for prospec-*

*tive monopoly of the home trade of an impoverished agrarian Ireland must have appeared an unconceivable madness to the Ulster business men. It would have been the sale of their proud birthright for the mere promise of a mess of very inferior pottage, and every attempt to force such a policy on them was bound to be resisted tooth and nail.“*¹⁵⁾ („Ihre Teilhabe am britischen Handel auszutauschen gegen eine zu erwartende Monopolstellung auf dem Binnenmarkt eines verarmten agrarischen Irlands, muß jedem Ulster-Geschäftsmann wie eine unbegreifliche Verrücktheit erschienen sein. Ein solcher Schritt wäre dem Verkauf ihrer stolzen Geburtsrechte gegen das vage Versprechen eines dürftigen Linsengerichts gleichgekommen, und jeder Versuch, ihnen ein solches Ansinnen aufzuerlegen, mußte ihren bedingungslosen Widerstand herausfordern.“)

Allerdings muß vor dem häufig gezogenen Fehlschluß einer britisch-nordirischen Interessenidentität gewarnt werden. Die Ulster-Unionisten waren nicht, wie beispielsweise Turner¹⁶⁾ behauptet, politischer Ausdruck britischer Wirtschaftsinteressen in Irland, ihre Existenz war vielmehr Ausdruck eigenständiger Interessen der Mehrheit der Bevölkerung der sechs nördlichen Grafschaften Irlands. Diese Tatsache erklärt, warum Gladstone schon 1886 bereit war, dem gesamten Irland Home-Rule zu gewähren, und läßt die Abwesenheit der Vertreter des britischen Kapitals in der Opposition gegen Home-Rule verstehen; sie macht zugleich die Unbedenklichkeit plausibel, mit der Winston Churchill später Nordirland als Preis für die Teilnahme des Südens am Zweiten Weltkrieg Dublin offerieren konnte.

Nordirland wurde nach der Teilung empfindlichen Veränderungen mit entsprechenden Rückwirkungen auf das Verhältnis zu Großbritannien unterworfen. Die große weltwirtschaftliche Depression der Zwischenkriegszeit hat selbst mächtige Industrien Ulsters wie den Schiffsbau und die Leinenfabrikation nicht verschont gelassen und einen wirtschaftlichen Verfallsprozeß mit verheerenden, bis heute noch spürbaren Konsequenzen für weite Teile der Bevölkerung eingeleitet — ein Verfall, in dem jedoch zugleich die erste Phase einer Nord-Süd-Konvergenz in Irland angelegt war.

¹⁵⁾ E. Strauss, a. a. O., S. 232; vgl. auch Geoffrey Bell, *The Protestants of Ulster*, London 1976, S. 15 ff.

¹⁶⁾ Mary Turner, a. a. O., S. 33.

Ähnlich wie der Süden, der schon vor dem Ersten Weltkrieg den Status einer „liability“ für das britische Empire erreicht hatte, wurde auch der Norden im Zuge dieses Umbruchs zunehmend zu einem politischen und wirtschaftlichen Belastungsfaktor für Großbritannien. Heute ist Nordirland trotz massiver Anwerbung ausländischen Kapitals eine Notstandsprovinz geworden, der die britische Administration jährlich 1.2 Milliarden Pfund an Subventionen zukommen lassen muß, und die mit einer Arbeitslosenquote (14.3%, 1980) belastet ist, die gewöhnlich doppelt so hoch liegt wie der britische Durchschnitt¹⁷⁾. In zunehmendem Maße ist aus Ulster im Laufe der Nachkriegsentwicklung nicht nur ein politischer Störfaktor — bzw. „an ‘unseemly’ situation within what is recognized by all as Britain’s sphere of influence“, wie Gibbon es faßt¹⁸⁾ —, sondern auch ein ökonomisches Verlustgeschäft für Großbritannien geworden.

Das britische Verhältnis zum Norden wie zum Süden Irlands ist heute insgesamt von pragmatischen Erwägungen zur Erhaltung der Stabilität in dieser Region geprägt. Weder ökonomisch noch politisch-strategisch stehen hier empfindliche britische Interessen auf dem Spiel. Es bestehen keine Anzeichen dafür, daß Großbritannien an einer Aufrechterhaltung der irischen Teilung, geschweige denn an einer Vorherrschaft der Unionisten — bzw. an einer sektiererischen Spaltung der Gesellschaft im Norden — interessiert ist. Das britische Stabilitätsinteresse, das heute an die Stelle des traditionellen „benign neglect“ (wohlwollenden Desinteresses) für die Vorgänge in Ulster getreten ist, ist weder mit der so häufig postulierten Einheit noch mit der Unabhängigkeit Irlands unvereinbar. Vor dem Hintergrund gemeinsamer anglo-irischer Mitgliedschaft in der EG haben Fragen politischer

Jurisdiktion offensichtlich an Relevanz verloren. Im Laufe ihrer zahlreichen Verhandlungen zur Lösung der Nordirlandkrise zeigte die britische Regierung wiederholt ihre Bereitschaft, sich mit „Nationalisten“ aller Couleurs, selbst mit Vertretern der Provisional und Official IRA — so Merly Rees 1975 als Nordirland-Minister der Labour Regierung —, an einen Tisch zu setzen; ebenso zeigte sie keine Skrupel, etwa das Angebot eines Abzugs britischer Truppen, die Bildung gesamtirischer Institutionen oder die Aufhebung von Internment (= Internierung) in ihr Verhandlungspaket aufzunehmen.

Die veränderte politische wie ökonomische Interessenskonstellation, die das anglo-irische Verhältnis heute bestimmt, hat die britische Dimension der Nordirlandkrise nicht ausgelöscht, aber ihre Bedeutung erheblich reduziert. Gewiß, die alte Allianz zwischen konservativen bzw. nationalistischen Kräften und Ulster-Unionists bzw. Loyalists ist nicht völlig versiegt, wie die Existenz von Enoch Powel bestätigt. Aber letzterer ist kein Edward Carson noch ein James Craig oder Randolph Churchill. Der entscheidende Widerstand gegen eine allseitige akzeptable Lösung des Nordirland-Konflikts ist gegenwärtig nicht auf britischer Seite zu suchen; der zentrale Widerspruch in der Ulsterfrage ist nicht mehr anglo-irischer Natur, der bestimmende Faktor dieser Krise liegt vielmehr in der totalen Kompromißlosigkeit der protestantischen Majorität Ulsters, die — wie sie einst durch ihr Insistieren auf Union mit Großbritannien die Teilung Irlands erzwungen hat — heute jeden Versuch blockiert, die Ulsterfrage auf der Basis eines power-sharing mit der katholischen Minorität zu lösen. Das Verständnis der Position der Ulster-Protestanten gewinnt damit eine Schlüsselfunktion für ein Verständnis der Nordirlandkrise.

Protestantismus und Unionismus

Seit Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzung in Nordirland stehen die Protestanten Ulsters im Rampenlicht weltweiter Aufmerksamkeit. Die vehemente Kritik, die ihnen als Trägern eines Systems zuteil geworden ist, in dem die Praxis der Unterdrückung und Diskri-

minierung der katholischen Minderheit gleichsam zur Institution werden konnte, hat allerdings wenig dazu beigetragen, ihre Position verständlich zu machen. Sie sind heute, wie Geoffry Bell mit Recht betont, „the most criticized and misunderstood community in Western Europe“¹⁹⁾ („die am stärksten kriti-

¹⁷⁾ Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 11. 12. 1980.

¹⁸⁾ Peter Gibbon, Some basic problems of the contemporary situation, in: Socialist Register 1977, S. 85.

¹⁹⁾ G. Bell, The Protestants of Ulster, a. a. O., Introduction.

sierte und mißverständene Gemeinschaft Westeuropas“). Die Tragik ihrer Position läßt sich am treffendsten in der Spanne zweier Urteile über sie erfassen. Als im Ersten Weltkrieg in der Schlacht an der Somme mehr als 5 000 Protestanten Nordirlands im Einsatz für das britische Empire ihr Leben ließen, schrieb Sir William Spencer: „I am not an Ulsterman but yesterday the 1st of July as I followed their amazing attack on the Somme I felt I would rather be an Ulsterman than anything else in the world.“²⁰) („Ich bin kein Ulstermann, aber gestern, am 1. Juli, als ich ihren unglaublichen Angriff verfolgte, hatte ich das Gefühl, lieber ein Ulstermann als alles andere in der Welt sein zu wollen.“)

Mehr als ein halbes Jahrhundert später, 1974, artikulierte der britische Premierminister Harold Wilson unter dem Eindruck des erfolgreichen Generalstreiks der protestantischen Arbeiter gegen das Sunningdale Agreement — jener Vereinbarungen zwischen London, Dublin und Belfast, nach denen die Nordirland-Frage im Rahmen eines power-sharing zwischen katholischer Minorität und protestantischer Majorität sowie gesamtirischer Kooperation im Council of Ireland gelöst werden sollte — ein anderes, diesmal vernichtendes Urteil. Protestanten — so Wilson — sind „people who spend their lives sponging on Westminster and British democracy“²¹) („Menschen, die ihr Leben damit verbringen, von Westminster und der britischen Demokratie zu schmarotzen“). Der Fall der Ulster-Protestanten vom britischen Heldenpodest in die Tiefen des „Schmarotzertums“ konnte kaum radikaler sein. Einst Speerspitze britischer imperialer Selbstbehauptung sind sie heute eine lästige Erbschaft geworden, deren man sich nur zu gerne entledigen würde. Die Veränderungen im anglo-irischen Verhältnis, die dieser Positionswandel reflektiert, wurden bereits diskutiert. Bleibt die Frage nach den Ursachen der Weigerung der protestantischen Majorität, sich diesen Veränderungen anzupassen; damit tritt das Phänomen des „Unionism“, d. h. das noch heute aktuelle protestantische Verharren auf einer Position der Einheit mit Großbritannien, bzw. das Ablehnen jedweder gesamtirischer Integration in den Mittelpunkt der Reflexion.

Im Rahmen der vorausgegangenen Überlegungen zur Teilung Irlands wurde die Notwendigkeit einer strukturellen Interpretation

der beiden polaren politischen Bewegungen Irlands, Unionism (im Norden) und Nationalism (im Süden Irlands), schon begründet. Alle Versuche, mit Hilfe von Psychologie, Ethnologie, Anthropologie oder gar Imperialismustheorie den irischen Dualismus zu erfassen, versagen vor der Notwendigkeit, die Realität der unterschiedlich historisch gewachsenen Interessenkonstellation zwischen Norden und Süden Rechnung zu tragen, die sich im Schattens der Home-Rule-Krise schließlich in eine dauerhafte politische Konfliktformation verfestigen konnte.

Um den protestantischen Radikalismus und die Kompromißlosigkeit etwa in Fragen konstitutioneller Verbindungen mit dem Süden oder des „power-sharing“ mit der katholischen Minderheit im Norden zu verstehen, muß jedoch zugleich das Milieu berücksichtigt werden, in dem sich die Eigenheiten der regionalen Sonderstellung Ulsters herausgebildet haben.

Der im 19. Jahrhundert einsetzende Aufschwung Ulsters zum industriellen Zentrum der irischen Insel mit der darin implizierten speziellen Orientierung des Nordens auf den britischen Wirtschafts- und Absatzraum hat nie vermocht, mehr als eine Enklave relativen Wohlstands in Irland zu bilden, d. h. Irland ist immer im Milieu der Knappheit verfangen geblieben. Der rasch aus dem Süden einsetzende Zustrom irischer (katholischer) Arbeitskräfte in den expandierenden industriellen Raum um Belfast hat das Seine dazu beigetragen, um eine permanente Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze zu erzeugen und damit die Grundlagen für eine sektiererische Spaltung und ghettohafte Polarisierung auch der Arbeiterklasse in Ulster zu legen. Das so vielfach als ideologische Manipulation mißinterpretierte Phänomen der protestantischen „Einheit“ hat hier seine objektive Basis gefunden. Nur in diesem Milieu der Knappheit war es möglich, ein diskriminierendes Patronagesystem von der Wirksamkeit des Orange-Order — dem Kernstück des protestantischen Herrschaftsapparates in Ulster — aufzubauen.

Der protestantische Arbeiter, der sich in Belfast unter die Schirmherrschaft des Orange-Orders begab, konnte zwar damit keine finale Sicherung von Arbeitsplatz und allgemeinen Wohlstand erwerben, aber zumindest eine Sicherung seiner Bevorzugung gegenüber der katholischen Konkurrenz bewirken²²). Dieser

²⁰) Zitiert bei G. Bell, a. a. O., S. 144.

²¹) Zitiert bei G. Bell, a. a. O., S. 4.

²²) Vgl. G. Bell, S. 32 f.: „The Protestants have suffered a great deal from the economic and social condi-

im Milieu der Knappheit stimulierte Mechanismus der Diskriminierung und Polarisierung, der im 19. Jahrhundert zu greifen begann, hat dann im 20. Jahrhundert verschärften Antrieb gefunden im Kontext der Auseinandersetzungen zunächst um die irische Unabhängigkeit und später, nach Erreichen dieses Zieles, im Kontext der republikanischen Forderung nach Aufhebung der irischen Teilung.

Nicht nur als Enklave relativen Wohlstandes, sondern auch als Enklave der politischen Union mit Großbritannien ist Ulster in die Position einer „belagerten“ Gesellschaft²³⁾ versetzt worden, und in dieser Enklavenposition sind die Eigenheiten des nordirischen Protestantismus, sein Fundamentalismus, seine spezifischen militanten Züge, seine sektiererische Orientierung ebenso wie alle seine internen klassenspezifischen Divergenzen immer wieder überbrückende äußere Kohäsion zu lokalisieren. Eine Analyse der gegenwärtigen Krise in Nordirland, die die hieraus resultierende relative Autonomie des Protestantismus und d. h. die materielle Substanz von Unionism und Orange-Order ignoriert, muß unzureichend bleiben. Allerdings wäre es ebenso verfehlt, ausgehend vom Phänomen dieser relativen Autonomie des Protestantismus auf die Existenz eines undifferenzierten, einheitlichen protestantischen Blocks zu schließen.

Auch hier auf der Ebene des Protestantismus täuscht der äußere Rahmen der Permanenz, wie er in der Bewegung von Unionism und Loyalism in Erscheinung tritt. Vielmehr zeigen sich die krisenhaften Entwicklungen der vergangenen zwei Jahrzehnte in ihrer Dynamik entscheidend bestimmt von der fragilen Natur der protestantischen Einheit und den starken innerprotestantischen Konflikten. Es mag genügen, auf den Zersplitterungsprozeß der alten protestantischen Einheitspartei — der Unionist Party — zu verweisen, der genau mit jenem Zeitpunkt einsetzte, als sich der nordirische Premierminister O'Neill Anfang

der sechziger Jahre mit Unterstützung seines Kollegen Lemass anschickte, eine Normalisierung der inneririschen Beziehungen einzuleiten. Der Aufstieg des Pfarrers Paisley als Führer des radikalen loyalistischen Flügels der Unionist Party nahm hier im protestantischen Protest gegen eine Politik der Annäherung an den katholischen Süden seinen frühzeitigen Ausgangspunkt²⁴⁾. Und jeder weitere Ansatz unionistischer Reformpolitik sollte den innerprotestantischen Zersplitterungs- und Polarisierungsprozeß verschärfen. Die drei letzten nordirischen Premiers, O'Neill, Chichester-Clark und Faulkner, die, sei es unter dem Druck der Straße, wo gegen Ende der sechziger Jahre mit weltweiter Resonanz die Bürgerrechtsdemonstration^{24a)} und damit die blutige Phase des Nordirland-Konflikts einsetzte, sei es auf Drängen von Westminster, Reformen gegenüber der katholischen Minderheit wie gegenüber Dublin einleiteten, fielen den innerprotestantischen Konflikten zum Opfer und wurden jeweils aus den eigenen Reihen der Unionist Party heraus gestürzt.

Die Ergebnisse der letzten in Nordirland abgehaltenen Wahl (1975) zur Constitutional Convention bieten ein plastisches Bild des unionistischen Zersplitterungsprozesses nach mehr als fünfjähriger Dauer der heißen Phase der Nordirland-Krise. Die protestantischen Stimmen zeigen sich jetzt im wesentlichen verteilt auf fünf Parteien, von denen drei — Official Unionists, Democratic Unionist Party und Vanguard — unter der Führung von Paisley, Craig und West die radikale, sektiererisch orientierte Loyalist Coalition²⁵⁾ gebildet haben, die als United Ulster Unionist Council (UUUC) in den Wahlkampf zog. Auf seiten des protestantischen Reformflügels erscheinen

²⁴⁾ Vgl. G. Bell, a. a. O., S. 40 ff.

^{24a)} Die Bürgerrechtsbewegung zwischen 1967 und 1969 entstand aus den Bestrebungen der — insbesondere von Belfast Student unterstützten — katholischen Minderheit, Reformversprechungen, wie sie die Regierung O'Neill unter Druck Londons schon länger artikuliert hatte, in die Praxis umzusetzen. Schwerpunkte der Forderungen waren die Abschaffung diskriminierender Praktiken des „Orange System“ im Bereich von Wahlrecht, Wohnungswesen und Arbeitsbeschaffung. Der von Anhängern des Pfarrers Paisley organisierte protestantische Widerstand gegen die friedlichen Demonstrationen sowie der entsprechend parteiische und brutale Einsatz der nordirischen Polizei (RUC) lösten den Eskalationsprozeß der Gewalt aus, der schließlich zum Einsatz von IRA, paramilitärischen protestantischen Verbänden (B-Specials) und britischer Armee (ab Sommer 1969) führte.

²⁵⁾ Zur Loyalist Coalition vgl. Belinde Probert, Beyond Orange and Green, London 1978, Kapitel 6: „The Loyalist Response“.

tions of their 'Ulster', but the fact that they have not suffered to the degree that others have has bred a politics amongst them which seeks to maintain the different levels of suffering. The Protestant worker may be called bigoted, but when he is standing in a dole queue beside a Catholic worker and it is he who gets the job and not the Catholic, to blame him for taking the job or for developing a view that he has a prior right to the job, is to ignore the size of the dole queue."

²³⁾ Vgl. A. Boserup, a. a. O., S. 167. Hier wird der Vergleich Ulsters mit dem Süden der USA sowie Südafrika unter dem Stichwort „settler“ oder „frontier societies“ gezogen.

zwei Parteien, die Alliance Party und die von Faulkner 1974 gegründete Unionist Party of Northern Ireland. Die Loyalist Coalition konnte 54,8% der Stimmen, d. h. die absolute Mehrheit, gewinnen und damit jeden weiteren parlamentarisch legitimierten Reformkurs, wie er von Westminster im „Northern Ireland Act“ (1974) konzipiert war, blockieren. Nach mehrmonatigen vergeblichen Verhandlungen sah sich die britische Regierung im März 1976 schließlich gezwungen, das Projekt einer Verfassungsreform in Nordirland unter Berücksichtigung gesicherter katholischer Partizipation und gesamtirischer institutioneller Verbindungen vorerst aufzugeben und auf der Basis von „direct rule“ ihr Krisenmanagement in Ulster fortzusetzen.

Zersplitterung und Radikalisierung der protestantischen Kräfte haben sich bislang als interdependenten Prozeß erwiesen. Die interkonnessionelle reformfreundige Alliance-Party, die sich 1970 von der Unionist Party abspaltete, und in der viele Beobachter der irischen Szene ein kommendes, gemäßigtes, reformfreudiges Machtzentrum im nordirischen Parteiensystem zu erkennen glaubten²⁶⁾, ist über den Status einer Minoritätspartei mit einem Stimmenanteil von 9,8% (1975) nicht hinausgeklagt.

Allerdings muß berücksichtigt werden, daß Parteien in der gegenwärtigen Situation Nordirlands nicht mehr als zuverlässiger Indikator des politischen Kräfteverhältnisses einzuschätzen sind. Die heftigen Auseinandersetzungen um die Reformpolitik haben frühzeitig zu einer Transformation von Konflikten in sektiererische Konfrontationen auf der Straße geführt, da die alte Führungsschicht der Unionisten sich außerstande sah, die wachsenden inneren Widersprüche zwischen Protagonisten und Opponenten von Reform aufzufangen, ohne dabei den unionistischen Staat zu zerstören. Angesichts der vergeblichen Mühen der letzten nordirischen Administrationen, einerseits die katholische Minorität mit Reformversprechungen zu pazifizieren und andererseits zugleich die protestantische Majorität davon zu überzeugen, daß diese Versprechungen die Substanz ihrer alten Privilegien unangetastet ließen, kam es zu massiver Entfremdung weiter Teile sowohl der katholi-

schen als auch der protestantischen Bevölkerung und damit zur Bildung eines breitgefächerten Spektrums paramilitärischer Organisationen, für die die konfliktreiche und blutige Geschichte Irlands ohnehin den Boden der Tradition bereitet hatte²⁷⁾.

Auf katholischer Seite war es die IRA, die im Schatten protestantischer Übergriffe auf katholische Ghettos, wie die Falls Road, seit dem Sommer 1969 zunehmend politisches Gewicht gewann als einzig wirksame Schutzmacht der Minorität, während auf protestantischer Seite im Zuge der Eskalation der Gewalt im Sommer 1971 die Ulster Defence Association (UDA), umringt von einer Vielzahl militanter, oft skrupellos mordender Splittergruppen, in das Zentrum der Macht vorrückte. Als schließlich im Rahmen der Sunningdale Reformvereinbarung vom Dezember 1973 der Plan einer konstitutionellen Verbindung zwischen beiden Teilen Irlands über den zu bildenden Council of Ireland an Aktualität gewann, rückte eine andere militante Organisation, der Ulster Worker Council (UWC), in den Mittelpunkt des protestantischen Kräftespiels. Der UWC operierte als militantes Organ der radikalen loyalistischen Arbeiterschaft in enger Verbindung mit den loyalistischen Parteien sowie der UDA, zugleich jedoch zeigte er in der Organisation und Ausführung des Generalstreiks, unter dem im Mai 1974 das Reformprogramm von Sunningdale zusammenbrach, erhebliche Unabhängigkeiten gegenüber loyalistischen Führern wie Paisley, Craig oder Harry West.

Es wäre gewiß übereilt, in der fragilen loyalistischen Koalition oder in den konkurrierenden Organisationen der militanten protestantischen Arbeiterschaft einen Ersatz der traditionellen protestantischen Einheit identifizieren zu wollen. Schon drei Jahre nach dem Sunningdale-Desaster scheiterte der protestantische Versuch, eine Neuauflage des Generalstreiks zu inszenieren; das diesmal verfolgte Ziel, Großbritannien zu erhöhten Sicherheitsvorkehrungen und zur Wiederherstellung der „majority rule“ in Nordirland zu zwingen, fand keine geschlossene Anhängerschaft. Der erfolgreiche Streik von 1974 hat jedoch die Bedingungen aufgezeigt, unter denen eine protestantische Einheit aller faktischen Zersplitterung zum Trotz wiederherstellbar ist. Alles spricht dafür, daß auch heute noch jeder Versuch, eine konstitutionelle Verbindung Ul-

²⁶⁾ So z. B. A. Boserup, a. a. O., S. 175, in seiner sonst sehr instruktiven Analyse der Nordirland-Krise: „Despite their current weakness, upper-middle-class political organizations such as the Alliance Party are therefore likely to gain rapidly in importance over the coming year“.

²⁷⁾ Zur Problematik der paramilitärischen Organisationen in Ulster vgl. B. Probert, a. a. O., Kapitel 7: „Politics in the Streets“.

sters mit der Republik zu errichten, als Katalysator einer geschlossenen protestantischen Gegenreaktion wirksam würde. Auch in der

Reduktion auf eine negative Einheit hat der Protestantismus seine politische Sprengkraft in Ulster nicht verloren.

Schluß

Das ambivalente Erscheinungsbild der nordirischen Gesellschaft mit ihrem verwirrenden Geflecht von traditionalistischem Beharrungsvermögen und strukturellem Wandel hat zu Fehlprognosen ihrer Entwicklungstendenzen herausgefordert. Die Überschätzung der Einheit des Protestantismus (bzw. der Stärke des „Orange State“), der etwa Farrell²⁸⁾ anheimfällt, ebenso wie die Unterschätzung des protestantischen Vermögens, sich auch einem reformkapitalistischen Strukturwandel gegenüber als „traditionalistische“ Macht zu behaupten, der Boserup unterliegt²⁹⁾, sind charakteristische Ergebnisse dieser Schwierigkeiten.

Nordirland ist — allen traditionalistischen Bindungen zum Trotz — im Zuge der von Westminster auferlegten und von der Bürgerrechtsbewegung erkämpften sozialen Reformen ebenso wie als Ergebnis des über staatliche Subventionen und zunehmende Ansiedlung von Auslandskapital eingesetzten ökonomischen Strukturwandels zweifellos von erheblichen politischen und sozialen Veränderungen erfaßt worden. Auf struktureller Ebene ist an die Stelle der einseitigen Fixierung Ulsters auf den britischen Absatzraum eine zunehmende Peripherisierung Nordirlands im europäischen Kontext getreten.

Mit dem Niedergang seiner traditionellen industriellen Basis (Schiffsbau, Textil) geriet Ulster in den Zirkel abhängiger Entwicklung, der für den Süden Irlands, als ehemaliger britischer Agrarprovinz, schon immer bestimmend war. Britische Subventionen und durch vielfältige Vergünstigungen angeworbene Investitionen britischer, europäischer und amerikanischer multinationaler Unternehmen sind in den Mittelpunkt dieser neuen, von außen induzierten Wirtschaftsentwicklung, die für Ulster in den sechziger Jahren bestimmend wurde, gerückt^{29a)}. Nordirland wurde auf diese

Weise Teil eines neuen Systems europäischer bzw. internationaler Wirtschaftsverflechtung und Arbeitsteilung, das nicht unerheblich dazu beitrug, das lokale, traditionelle Wirtschaftsgefüge und damit die Machtbasis des „Orange State“ (d. h. des protestantischen Herrschaftssystems) zu unterminieren. Die Zersplitterung der Unionist Party sowie die kontinuierliche Auflösung des „Unionist State“ geben Zeugnis von der politischen Wirksamkeit dieser Entwicklung.

Im Zuge dieser Veränderungen, die auch die materiellen Bindungen Ulsters an Großbritannien empfindlich berührten, haben die alten inneririschen strukturellen Disparitäten an Gewicht verloren. Norden und Süden Irlands haben gemeinsam den Status einer peripheren Region der EG bezogen und konvergieren in ihren britisch-europäischen Abhängigkeitsbeziehungen wie ihren auf Export und Tourismus orientierten Entwicklungsstrategien. Jedoch haben diese objektiven Veränderungen im Zeichen der britischen wie weltweiten ökonomischen Krisenerscheinungen der siebziger Jahre nicht jene Durchschlagskraft gewinnen können, die erforderlich gewesen wäre, um das traditionale, stagnierende soziale Ordnungsgefüge, dem „grüner“ (d. h. republikanischer) Nationalismus im Süden und oranischer Unionismus im Norden, als komplementäre Stützen der sektiererischen Spaltung Ulsters, letztlich ihre Persistenz verdanken, nachhaltig zu zerschlagen.

Nicht zuletzt hat das Eingreifen der britischen Armee — abgekoppelt von der Durchsetzung eines dramatischen Reformprogramms — auf verhängnisvolle Weise dazu beigetragen, den ursprünglichen Kampf um Bürgerrechte und Reform des politischen Systems, der 1969 in Ulster einsetzte, umzulenken auf traditionelle Bahnen eines antibritischen Befreiungskampfes, von dem her die IRA — und damit zugleich die von ihr herausgeforderten protestantischen paramilitärischen Verbände — ihre Legitimität zurückgewinnen konnten. Mit dem Erscheinen der britischen Armee — so führt McCann aus: „the struggle 'against injustice' became in practice a struggle against British forces — a pattern of play which matched per-

²⁸⁾ The Orange State, a. a. O.

²⁹⁾ A. Boserup, a. a. O., S. 179.

^{29a)} Zur Problematik des ökonomischen Strukturwandels in Irland im Zeichen der multinationalen Unternehmen vgl. F. v. Krosigk, Multinationale Unternehmen und die Krise in Europa. Eine Untersuchung zum ökonomischen Strukturwandel und seinen politischen Folgen im Rahmen des europäischen Regionalismus, Kapitel V, Königstein 1978.

fectly the old Republican Idea of the way things really were and people were almost relieved gradually to discover that the guiltily discarded tradition on which the community was founded was, after all, meaningful and immediately relevant."³⁰⁾

Daß angesichts der verfahrenen ideologischen Lage und des sich verschärfenden materiellen Verfalls Nordirlands die Aussichten auf eine Überwindung der Krisensituation in Ulster höchst begrenzt erscheinen müssen, liegt auf der Hand. Und mit entsprechendem Pessimismus sind die Realisierungschancen derzeit kursierender Friedenspläne bzw. Konfliktlösungsstrategien einzuschätzen.

Auf gouvernementaler Ebene deutet sich nach dem jüngsten Scheitern der britischen Bemühungen um eine Neuauflage des Reformkonzepts von Sunningdale der schon eingangs erwähnte Versuch an, über eine möglichst enge anglo-irische Allianz einerseits die Position der radikalen Unionisten zu untergraben, d. h. die Basis ihres hartnäckigen Insistierens auf Union mit Großbritannien aufzulösen, und andererseits die IRA als Konfliktfaktor zu entschärfen. Schlüsselfigur in dieser auf dem letzten anglo-irischen Gipfeltreffen in Dublin eingeleiteten Initiative ist, wie schon erwähnt, der irische Premierminister Haughey, der sich jedoch von einer solchen Umarmungsstrategie in erster Linie die Erfüllung des alten republikanischen Wunsches erhofft, ein bindendes britisches Bekenntnis zur irischen Wiedervereinigung zu gewinnen³¹⁾.

Wie auch immer die Realisierungschancen für noch engere anglo-irische Beziehungen unter zunehmenden ökonomischen Krisenbedingungen in beiden Ländern einzuschätzen sind, schon allein das republikanische Verharren auf dem Fernziel der irischen Einheit stellt die Möglichkeit, über eine anglo-irische Kooperation zur Lösung der Nordirlandkrise zu gelangen, in Frage. „Haughey kann uns das Blaue vom Himmel versprechen, wir wollen von der Wiedervereinigung nichts wissen“³²⁾, war die zu erwartende prompte Reaktion der Unionisten auf die neuesten föderativen Visionen des irischen Premiers. Alles deutet darauf hin, daß der protestantische Widerstand gegen gesamtirische konstitutionelle Bindungen auch

im Schatten verstärkter anglo-irischer Kooperation keine Mäßigung erfahren wird.

So steht die britische Regierung gegenwärtig vor dem Dilemma der Erkenntnis, daß Zugeständnisse an Haughey und die IRA, sei es in Form von konstitutionellen Veränderungen Nordirlands oder in Form der politischen Anerkennung der IRA, gewaltsame protestantische Gegenreaktionen auslösen werden, umgekehrt aber die Verzögerung konkreter Zugeständnisse die Kooperationsmöglichkeiten Haugheys, der im Wahljahr steht, und dessen mäßigendem Einfluß auf die IRA aufs Spiel stellt. Die seit dem letzten anglo-irischen Gipfeltreffen in Dublin eingeschlagene Taktik des Doppelspiels von Frau Thatcher, durch vage Versprechungen nach beiden Seiten — hier Andeutungen verbaler Zugeständnisse an eine mögliche zukünftige irische Einheit, dort Versicherung der Union mit Großbritannien^{32a)} — den Kooperationskurs mit Dublin politisch zu entschärfen, ist durch die bis zu seinem Tod kompromißlose Haltung des hungerstreikenden Bobby Sands wirksam durchkreuzt worden.

Größere Beachtung als alternative Strategie zur Lösung der Nordirland-Krise hat in den vergangenen Jahren die in protestantischen Kreisen immer häufiger artikulierte Forderung nach Bildung eines eigenständigen nordirischen Staates gefunden. William Craig und seine Vanguard Movement verkündeten schon 1972 ihre Sympathie für eine „Unilateral Declaration of Independence“ nach Rhodesischem Muster, um mit der britischen „direct rule“ zu brechen und das traditionelle Storm-System zu restituieren. Später, unter

^{32a)} Schon die ambivalenten Formulierungen hinsichtlich der Zukunft Nordirlands im Kommuniqué von Dublin sprechen für sich: „They considered that the best prospect of attaining these objectives (peace, reconciliation, stability) was the further development of the unique relationship between the two countries. They accordingly decided to devote their next meeting in London during the coming year to special consideration of the totality of relations within these islands. For this purpose they have commissioned joint studies, covering a range of issues, including possible new institutional structures, citizenship rights, security matters, economic cooperation and measures to encourage mutual understanding.“ (Zitiert nach: The Guardian Weekly, 26. 4. 1981.)

Eine genaue Klärung dessen, was hier gemeint ist, wurde nie unternommen. Haughey legte diese Formulierungen als erste Schritte auf dem Wege zur Aufhebung der irischen Teilung aus. Frau Thatcher dagegen hat gleich nach der Rückkehr aus Dublin dementiert, daß durch die erzielten Vereinbarungen die konstitutionellen Garantien der Einwohner Nordirlands in irgendeiner Weise berührt seien.

³⁰⁾ Eamon McCann, *War and an Irish Town*, Harmondsworth 1974, S. 83.

³¹⁾ Zürcher Zeitung, 31. 5. 1980, „Zielvorstellungen in der Nordirlandfrage“; vgl. The Guardian Weekly, 24. Februar 1980, „Mr. Haughey makes his move“.

³²⁾ Neue Zürcher Zeitung, 11. Dezember 1980, „Wiederannäherung Irlands an Großbritannien“.

dem Eindruck der Sunningdale-Vereinbarungen, waren es militante protestantische Organisationen, wie die Ulster Defence Association und der Ulster Workers Council, die das separatistische Programm eines unabhängigen Ulsters in die Diskussion um die Lösung der Nordirland-Krise einbrachten. Während Paisley als radikaler Vertreter des Loyalismus gegenwärtig wieder auf „devolution“ im britischen Staatsverband — „we are looking for the highest possible degree of devolution within the UK“³³⁾ („wir erstreben das größtmögliche Maß an Dezentralisation innerhalb der UK“) — setzt, um Unionismus und protestantisches Eigeninteresse zu vereinbaren, geht Andy Tyrie als Supreme Commander der Ulster Defence Association einen Schritt weiter, indem er erklärt, „that there is no other alternative for Ulster but that of independence in the negotiativesense“³⁴⁾. Beobachter der nordirischen Szene wie Nairn und Boserup haben schon frühzeitig das autonomistische bzw. separatistische Potential des Unionismus erkannt: „Northern Irish nationalism — so schrieb Boserup 1972 — is no new phenomenon, but it has not been clearly visible hitherto because it took the form of Unionism as long as the Union with Britain was the best safeguard for Northern Ireland's independence from the South ... It was a reaction to Catholic nationalism and a self-assertive settler-ideology dressed up as Unionism.“³⁵⁾ („Der nordirische Nationalismus ist kein neues Phänomen, aber er war bislang nicht klar sichtbar, weil er als Unionismus in Erscheinung trat, solange die Union mit Britain die beste Sicherung der Unabhängigkeit Nordirlands vom Süden gewährte ... Er war eine Reaktion auf den katholischen Nationalismus und eine sich selbst behauptende Siedler-Ideologie, aufgemacht als Unionismus.“)

So überzeugend aus protestantischer Sicht der Anspruch auf nationale Eigenständigkeit Ulsters heute im allgemeinen Aufwind regionalistischer und separatistischer Bewegungen in Westeuropa vertreten werden kann³⁶⁾ und so deutlich der protestantische Separatismus als komplementäre Bewegung der wachsenden anglo-irischen Kooperation vorgezeichnet erscheint, so ungewiß bleibt doch die Frage, inwieweit das Postulat der Selbstbestimmung in

Einklang zu bringen ist mit der Notwendigkeit, die fundamentale Polarisierung der nordirischen Gesellschaft zu überwinden. Ist der um sich greifende Ulster-Nationalismus nur eine autonomistisch verbrämte Strategie der Sicherung protestantischer Vorherrschaft und Privilegien, oder weist er über die sektiererische Spaltung Ulsters hinaus und ist damit ernst zu nehmen als möglicher Weg zur Lösung der Nordirland-Krise?

Nimmt man die schon erwähnte Äußerung Andy Tyries (DS) ernst, so lassen sich durchaus Ansätze einer Verbindung zwischen Streben nach nationaler Unabhängigkeit in Ulster und Orientierung auf gesellschaftlichen Wandel aufzeigen. Als wichtigstes Indiz wäre hierfür die für nordirische Verhältnisse ungewöhnliche Absage an das etablierte Herrschaftsgefüge „oranischer“ wie „grüner“ (d. h. republikanischer) Couleur zu nennen: „I once felt — so argumentiert Tyrie im Namen der UDA — that the Orange order had a vital role to play in the safeguarding of Ulster's heritage, but they, too, have let the people down. The sooner we remove the „orange“ and „green“ from Ulster politics ... the sooner we will be on that long-awaited pass to peace.“³⁷⁾ („Ich war einst davon überzeugt, daß der ‚Orange order‘ eine wichtige Rolle bei der Rettung des Erbes Ulsters zu spielen habe. Aber sie haben die Leute auch im Stich gelassen. Je eher wir das ‚orange‘ und ‚green‘ aus der Politik Ulsters entfernen, um so schneller werden wir auf dem lang erwarteten Pfad des Friedens sein.“)

Bleibt die Frage, wie die postulierte Absage an „orange“ und „green“ in Einklang zu bringen ist mit der noch immer den nordirischen Alltag bestimmenden und von der UDA aktiv unterstützten Praxis sektiererischer Gewalttätigkeit. Letztlich ist es diese praktische Ebene, auf der die separatistische Strategie einer Überwindung der Nordirland-Krise den Test ihrer Glaubwürdigkeit abzulegen haben wird. Indem jedoch der mögliche protestantische Versuch, ein unabhängiges Ulster zu schaffen, nur realisierbar wäre bei einem Mindestmaß an Kooperation mit der katholischen Minorität — und schließlich auch mit der IRA —, könnte gerade das vielfach als irreal verspottete Projekt des nordirischen Separatismus jene Impulse zum Wandel Ulsters auslösen, die heute unter britischer Intervention und irischen Föderationsansprüchen verschüttet bleiben müssen. Der oben erörterte Strategie-

³³⁾ The Guardian Weekly, 24. Februar 1980, „Ulster 80“.

³⁴⁾ The Guardian Weekly, a. a. O.

³⁵⁾ A. Boserup, a. a. O., S. 181.

³⁶⁾ Vgl. F. v. Krosigk, Zwischen Folklore und Revolution. Regionalismus in Westeuropa, in: Dirk Gerdes (Hrsg.), Aufstand der Provinz, Regionalismus in Westeuropa, Frankfurt 1980.

³⁷⁾ The Guardian Weekly, a. a. O.

wandel britischer Nordirland-Politik wird die Entfremdung zwischen den Protestanten Ulsters und Westminster zweifellos beschleunigen, zugleich aber auch — langfristig — das Verhältnis der Nationalisten zu Dublin erheb-

lich belasten. Es bleibt zu sehen, ob auf dieser gemeinsamen Basis enttäuschter Erwartungen und Entfremdungen die heute noch utopisch erscheinenden Annäherungen zwischen IRA und UDA ihren Ausgang nehmen.

Wichtige Daten zur irischen Geschichte

1171

Der englische König Heinrich II. unterwirft drei der vier historischen Provinzen Irlands: Munster, Leinster, Connaught. Widerstand gegen Anglisierung im gaelischen Norden Irlands, d. h. in Ulster, bis ins 17. Jahrhundert.

1607

beginnt die Besiedlung Ulsters vorwiegend mit schottischen Presbyterianern. Die „Ulster Plantations“ entstehen und mit ihnen eine neue, die gaelischen Katholiken beherrschende protestantische Siedlergesellschaft.

1641

erster Aufstand der Katholiken Ulsters und Niederwerfung durch Cromwell (1649).

1689

Irland gerät in den Konflikt um die Restauration der Stuarts. Von April bis Juli 1689 Belagerung von Londonderry durch den aus England vertriebenen katholischen König Jakob II. Der erfolgreiche protestantische Widerstand wird noch heute jährlich mit der Parade der Apprentice Boys gefeiert.

1690

Schlacht am Boyne. Wilhelm von Oranien besiegt die unter Jakob II. gesammelten irischen und französischen Truppen. Auch dieser Tag wird jährlich als Orange-Day vom Oranier-Orden Nordirlands gefeiert.

1798

Erste separatistische Rebellion Irlands unter Führung des Protestanten Wolf Tone und der interkonfessionellen geheimen Gesellschaft United Irishmen wird von England blutig niedergeschlagen. Formierung der Orange-Order in Ulster im Kampf gegen Bauernunruhen und Separatismus der United Irishmen.

1801

Erzwungene Union Irlands mit England. Auflösung des irischen Parlaments in Dublin.

1846—1851

Große Hungerkatastrophe in Irland (ca. 1 Million Tote und 2 Millionen Emigranten).

1858

Gründung der Fenian Movement und damit Radikalisierung der von O'Connell zuvor eingeleiteten Home-Rule-Bewegung.

1886

Die Liberalen unter Gladstone nehmen die Forderung nach „home rule“ für Irland in ihr Programm auf, während die Konservativen unter Randolph Churchill sich mit dem protestantischen Widerstand gegen „home rule“ in Ulster, d. h. mit dem Unionismus, verbinden.

1886—1914

Auseinandersetzung im britischen Parlament um die Home-Rule-Frage. Verschärfung der Konfrontation zwischen protestantischen Unionisten und katholischen Home-Rule-Nationalisten in Irland.

1916

Osteraufstand in Dublin. Der zweite irische Separatismus-Versuch wird blutig niedergeschlagen.

1920/21

Government of Ireland Act (1920) und anglo-irischer Vertrag (1921) besiegeln die Teilung Irlands in den südlichen Freistaat — mit Dominion-Status — und die autonome Provinz Nordirland. Irischer Bürgerkrieg um die Anerkennung des Vertrages bis 1923.

1939—1945

Irland verpflichtet sich einer Neutralitätspolitik im Zweiten Weltkrieg.

1963

Terence O'Neill als neuer nordirischer Premierminister leitet erste Versuche einer Reformpolitik in Nordirland ein.

1965

Erstes Treffen zwischen O'Neill und dem süd-irischen Premier Lemass. Aufstieg des Pfarrers Paisley als Führer des radikalen Anti-Reform-Flügels der Unionist Party. Beginn des protestantischen Spaltungsprozesses.

- 1967
Bildung der Northern Ireland Civil Rights Association als Dachorganisation der wachsenden Bürgerrechtsbewegungen in Nordirland.
- 1968
Gewaltsame Zusammenstöße zwischen Bürgerrechtlern und militanten Protestanten in Derry am 5. Oktober lösen die heiße Phase des Nordirland-Konfliktes aus.
- 1969
Einsatz der britischen Armee in Nordirland; Beginn der Terroraktivität der Provisional IRA.
- 1971
Einführung von Internment als Maßnahme der nordirischen Administration zur effektiveren Bekämpfung der IRA.
- 1972
Bloody Sunday (30. 1.). 13 Katholiken werden bei Unruhen in Derry von der britischen Armee erschossen.
- 1972
Suspendierung des nordirischen Parlaments. „Direct Rule“ Westminsters beginnt.
- 1974
(Januar) Einberufung der Konferenz von Sunningdale, auf der gemäßigte Protestanten und Katholiken unter britischer Regie ein Reformkonzept für Nordirland verabschieden, das die Bildung einer beide Konfessionen repräsentierenden Versammlung (power-sharing) sowie die Einberufung eines gesamtirischen beratenden Gremiums (Council of Ireland) vorsah.
- 1974
(Mai) Generalstreik der Ulster Workers Council gegen das Sunningdale Agreement zwingt die neue nordirische Reform-Regierung unter Faulkner zum Rücktritt. London übernimmt erneut „direct rule“ in Nordirland.
- 1980
(8. Dezember) Gipfeltreffen von Dublin. Beschluß einer engeren anglo-irischen Kooperation zur Lösung der Nordirland-Krise.

Krieg und Revolution in Afghanistan

Der Autor dieses Beitrages hat seine intensive Kenntnis der Mittelost-Szenerie nicht nur am Schreibtisch erworben, er verdankt sie — Ergebnis wiederholter Aufenthalte in der Region — auch der eigenen Anschauung. Die letzte Reise nach Afghanistan, die ihren Niederschlag im „Nachtrag“ zu dem Artikel gefunden hat, unternahm er im Herbst 1980. Die Redaktion möchte die Analyse dieses ausgewiesenen Sachkenners den Lesern der Beilage nicht vorenthalten. Daß manche Bewertungen des Mitherausgebers der Londoner „New Left Review“ von dem abweichen, was zum Thema Intervention als „communis opinio“ gelten darf, kann nicht überraschen, sollte aber als Ausdruck des Bemühens um Eigenständigkeit und Differenziertheit des Urteils respektiert werden. Einige Einzelheiten im Text, die zur Zeit der Erstveröffentlichung wegen ihres Neuigkeitsgehaltes mehr Beachtung beanspruchen konnten als heute, wurden weggelassen.

Die Redaktion

Die dramatischen Ereignisse von Ende 1979 — die Intervention russischer Streitkräfte in Afghanistan und der Sturz von Präsident Hafizullah Amin — spielten sich knapp zwei Jahre nach dem Aufstand vom April 1978 ab, durch den die (kommunistische) Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) an die Macht gelangte. Obwohl niemand sagen kann, wie sich die Dinge entwickeln werden, liegt es auf der Hand, daß die afghanische Revolution auf sehr schwachen Füßen steht: Um zu überleben, bedarf sie der militärischen Unterstützung der Sowjetunion; aus eben diesem Grunde ist sie jedoch besonders anfällig, weil sich die neue Regierung von Babrak Karmal mit der Armee einer fremden Macht identifiziert. Zudem ist die DVPA von einer schlimmen Cliquenwirtschaft durchdrungen, die die russische Einmischung nur noch beschleunigte und verstärkte. Die Ursache der Krise liegt auch in den außerordentlich sperrigen Problemen, mit denen sich die DVPA bei der Durchführung ihres revolutionären Programms konfrontiert sah, sowie in den Feh-

lern, die sie dabei beging. Ähnlich wie in Rußland nach 1917 folgte auf die relativ schnelle Machtergreifung in den Städten ein länger anhaltender Bürgerkrieg mit vom Ausland unterstützten konterrevolutionären Kräften. Bevor das neue Regime sich die Unterstützung der Landarbeiter durch wirksame und für sie bedeutende Reformen sichern konnte, gelang es der Gegenrevolution, weite Teile der armen Landbevölkerung zu mobilisieren, wobei sie die Ausschreitungen des Bürgerkriegs ausschließlich der Machtergreifung durch das neue Regime zuschrieb. Man weiß, um welchen Preis und mit welchen Konsequenzen die Bolschewiki nach der Revolution von 1917 ihre Anfangserfolge verteidigt haben. In Afghanistan werden die Auswirkungen des Bürgerkriegs angesichts der Härte, mit der die mit Moskau verbündete DVPA vorgeht, wahrscheinlich noch verheerender sein: Gewiß haben die Bolschewiki — Lenin eingeschlossen — während des russischen Bürgerkriegs mit nicht zu rechtfertigenden Methoden der Repression gearbeitet; doch die Führung der DVPA bedient sich in ihrem Kampf gegen die afghanische Konterrevolution in noch weit stärkerem Maße der systematischen Gewaltanwendung. Außerdem wurde in der bolschewistischen Partei über politische Meinungsverschiedenheiten abgestimmt; in Kabul werden sie mit Gewehrkugeln ausgetragen.

Übersetzung aus dem Englischen: Inge Aldenhövel. Erstveröffentlichung in New Left Review, Jan.—Feb. 1980, p. 20—41. Der „Nachtrag“ erschien zuerst in New Statesman, 5. 12. 1980

I. Die Wurzeln der Konterrevolution

Stärke und Schwäche der DVPA und die Art ihrer Machtergreifung wurden bereits mehrfach untersucht¹⁾. Die Partei hatte sich die revolutionäre Veränderung einer der ärmsten Gesellschaften dieser Erde zum Ziel gesetzt; aus politischen und strategischen Gründen konnte sie mit erheblicher Unterstützung aus dem nördlichen Nachbarstaat, der UdSSR, rechnen. Rußland leistete Afghanistan bereits seit den fünfziger Jahren stärkste wirtschaftliche und militärische Unterstützung, außerdem war es sein wichtigster Handelspartner. Die kleine DVPA hatte damals vermutlich kaum 5 000 Mitglieder, fast ausschließlich Intellektuelle aus städtischen Gebieten und Armeeoffiziere. 90 Prozent der Bevölkerung waren Analphabeten; 87 Prozent lebten auf dem Land; Stammes-, Volks- und Religionszugehörigkeit bildeten die Grundlage der Gesellschaftsstruktur und der politischen Gesinnungen. Der Siegeszug der DVPA und die Bereitschaft der Sowjetunion, sie zu unterstützen, waren zwar eine echte Chance für Afghanistan, doch bestand auch die Gefahr, daß es der Partei, deren Einzugsgebiet die Städte waren, nicht gelingen würde, die breite Masse der Landbevölkerung für sich zu gewinnen, falls sie Reformen auf bürokratischem Wege erzwingen sollte. Außerdem war damit zu rechnen, daß Ansätze zur Veränderung des afghanischen Gesellschaftssystems in die falsche Richtung gelenkt würden, wenn, anders als bei wirtschaftlicher oder militärischer Unterstützung, politische Strukturen nach sowjetischem Vorbild aufgebaut werden sollten.

Ein weiterer ausschlaggebender Faktor ist die Sozialstruktur des Hinterlandes, die besondere Schwierigkeiten für eine Veränderung nach sozialistischem Vorbild in sich birgt. Die politische Führung Afghanistans befand sich von Anfang an in einer Zwickmühle: Wenn sie vorsichtig zu Werke gegangen wäre und ihr Reformprogramm ausgesetzt hätte, bis ihre Position gefestigt war, bestand die Gefahr, daß man es ihr als Desinteresse an der Masse der armen Landbevölkerung und der Lohnarbei-

ter, die keinen Grund und Boden besaßen, ausgelegt hätte, wenn sie hingegen die Reformen in der Hoffnung auf materiellen Nutzen für die arme Landbevölkerung rasch durchgeführt hätte, wäre sie Gefahr gelaufen, in soziale Konflikte auf dem Lande verwickelt zu werden, wo die DVPA so gut wie gar nicht organisiert war.

Vier Charakteristika des ländlichen Gesellschaftssystems sind besonders hervorzuheben, die jedes Programm für einen sozialen Wandel erschwerten. Zunächst einmal verstand die Landbevölkerung die sozialen Verhältnisse nicht primär als Klassenverhältnisse. In der Tat überschneit sich die Klassenstruktur, basierend auf wirtschaftlicher Macht, mit ethnischen und religiösen Strukturen sowie mit den Stammeszugehörigkeiten. Jeder Versuch, ein solches System mit einem Appell an das Klassenbewußtsein der armen, besitzlosen Landbevölkerung zu reformieren, mußte erhebliche Schwierigkeiten bereiten, da die drei anderen Faktoren (Volks-, Religions- und Stammeszugehörigkeit) einen sehr starken Einfluß ausübten.

Das zweite ausschlaggebende Merkmal des ländlichen Gesellschaftssystems war die traditionelle Unabhängigkeit der Gebirgsstämme, die in der Vergangenheit von der Zentralregierung Subventionen erhalten hatten; für sie gehörte das Tragen von Waffen zum natürlichen Erscheinungsbild des erwachsenen Mannes. Selbstverständlich sahen diese Stämme in den Vorstößen der DVPA, eine Bodenreform durchzuführen, ihre Kontrolle zu erweitern und den Schmuggel über die Grenze zu Pakistan einzudämmen, eine Bedrohung; es war daher nur natürlich, daß sie den bewaffneten Aufstand probten, und dies in einer Weise, in der sie große Erfahrung hatten.

Ein drittes Problem bildeten die starken politischen Traditionen Afghanistans, die sich auch innerhalb der DVPA widerspiegeln: Afghanistan ist ein Land, in dem politische und soziale Streitfragen von jeher mit Waffengewalt geklärt wurden, ein Land, in dem extrem wenig Raum ist für gewaltfreie Lösung von Konflikten auf staatlicher Ebene oder auch zwischen dem Staat und seinen Bürgern. Die Konterrevolutionäre gingen sehr schnell dazu über, Mitglieder der DVPA ohne weiteres zu erschließen; und das Regime ging gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegner seinerseits mit breit angelegter Brutalität vor.

¹⁾ Fred Halliday, *Revolution in Afghanistan*, in: *New Left Review* (NLR) 112, November/Dezember 1978. Vgl. auch Louis Duprée, *Afghanistan under the Khalq*, in: *Problems of Communism*, Juli/August 1979, und Selig Harrison, *The Shah, Not Kremlin, Touched Off Afghanistan Coup*, in: *Washington Post*, 13. Mai 1979. Der letztgenannte Beitrag enthält Insider-Informationen, in denen die Schuld des Irans am Sturz des Daud-Regimes im April 1980 aufgezeigt wird.



Schließlich ist ein sehr gewichtiger Faktor für das Entstehen einer Konterrevolution die Tatsache, daß es sich um ein islamisches Land handelt, ein Land also, in dem es eine allgemein gültige Ideologie gab, die konterrevolutionäre Kräfte sehr viel wirksamer mobilisieren konnte, als das bei allen anderen Religionen dieser Erde möglich wäre. Selbst wenn man alle anderen Probleme einmal außer acht läßt, so hätte allein diese Religionszugehörigkeit die Aufgabe der DVPA ganz erheblich erschwert; die Stärke des Islam als konterrevo-

lutionäre Ideologie wuchs noch durch den Siegeszug der islamischen Bewegung im Iran vom Februar 1979, also zu einem Zeitpunkt, als sich die DVPA zum ersten Mal mit einer stärkeren parteiinternen Opposition auseinandersetzen mußte. Für Afghanistan wäre das Schah-Regime weniger bedrohlich als Khomeini gewesen: Zwar wäre das frühere Regime vielleicht eher in der Lage gewesen, die Konterrevolution zu unterstützen, seine Ausstrahlungskraft auf eine *ideologische* Mobilisierung wäre jedoch ungleich geringer gewesen.

II. Die April-Revolution schlägt fehl

Anscheinend verliefen die ersten zehn Monate der DVPA-Regierung, bis Ende Februar 1979, relativ ruhig; die Masse der Landbevölkerung schien sich vorsichtig zu verhalten, leistete keinen aktiven Widerstand gegen die Politik des Regimes, unterstützte sie jedoch auch nicht. Vielleicht wartete sie ab, was als nächstes kommen würde. Das Regime beeilte sich, verschiedene Reformprogramme durchzuführen, verlieh den einzelnen Volksgruppen mehr Rechte, verbesserte die Situation der Frauen²⁾ und baute das Bildungs- und Gesundheitswesen aus: Im August 1979 hatte die Regierung nach eigenen Angaben 600 neue Schulen eingerichtet und eine landesweite Alphabetisierungskampagne eingeleitet, im Verlauf derer bis 1984 eine Million Analphabeten unterrichtet werden sollten³⁾.

Die vielleicht bedeutendsten Reformen waren das sogenannte Dekret Nr. 6 und Dekret Nr. 8. Dekret Nr. 6 hob die Schulden, die Landarbeiter bei begüterten Bauern und Großgrundbesitzern hatten, auf. Im Dekret Nr. 8 wurde eine Obergrenze für den Landbesitz festgelegt; je nach Bodenbeschaffenheit lag sie bei sechs bis sechzig Hektar. Am Ende seines ersten Amtsjahres behauptete das Regime, es habe 822 500

Morgen Land an 132 000 Familien vergeben; im August 1979 war die Zahl der Familien, denen man Land zugeteilt hatte, auf 300 000 angestiegen⁴⁾. Einige dieser Familien wurden umgehend in Kooperativen zusammengeschlossen; und als ein paar Monate später der Fünf-Jahres-Plan verkündet wurde, hieß es, daß bis 1984, also bis zum Ende der Laufzeit des Plans, 1,1 Millionen Familien in 4500 Kooperativen zusammengeschlossen sein würden⁵⁾. Man sollte diese Maßnahmen nicht überbewerten, aber nach außen hin sah es so aus — und dies mag auch in gewisser Hinsicht der Wirklichkeit entsprochen haben —, als ob das Regime mit Ehrgeiz und Umsicht den Versuch unternähme, die Gesellschaft Afghanistans zu reformieren.

Die Reformen wurden jedoch in einer Art und Weise durchgeführt, daß die ländliche Bevölkerung, die man damit für sich gewinnen wollte, eher abgeschreckt wurde. Das Dekret über die Aufhebung der Schulden hatte keine Auswirkungen auf die tatsächlichen Schulden der Landbevölkerung, nämlich bei den Händlern im Bazar und den Geldverleihern. Diese hatten von jeher in Afghanistan eine starke Position und waren unersetzlich; trotz der Appelle der DVPA waren sie jedoch sehr bald gegen das Regime, weil dieses Preiskontrollen durchführte und Maßnahmen gegen das Horten von Vorräten und gegen Schmuggelgeschäfte ergriff. Bei der Bodenreform konnte man auf keine Grundbucheintragungen zurückgreifen, auch hatte zuvor keinerlei Untersuchung über den Bodenbesitz stattgefunden. Die Agrarreform kümmerte sich wenig um unterschiedliche Pachtformen und Arten des

²⁾ Neben dem Dekret Nr. 7 vom 17. Oktober 1978 „Zur Gewährung gleicher Rechte von Mann und Frau im Zivilrecht und zur Aufhebung ungerechter patriarchalischer und feudalistischer Verhältnisse zwischen den Ehegatten“, bemühte sich das Regime darum, für Frauen, von denen 98 Prozent Analphabeten sind, Alphabetisierungsklassen einzurichten; 1979 verabschiedete es ein Gesetz über Mutterschaftsurlaub, mit dem den Frauen 90 Tage bezahlter Urlaub und bis zu 270 Tagen Freistellung von der Arbeit garantiert wurden (vgl. Kabul Times vom 19. Juni 1979).

³⁾ Hafizullah Amin, in: Antimperialistisches Informationsbulletin, Marburg, Oktober 1979, S. 8.

⁴⁾ Amin, ebenda, S. 7.

⁵⁾ Kabul Times vom 9. August 1979.

Grundbesitzes, wie sie für eine Stammes- bzw. Nomadengesellschaft typisch sind⁶⁾. Nur zu oft kam es vor, daß DVPA-Mitglieder und Armeeangehörige in ein Dorf kamen und ohne Einfühlungsvermögen in die örtlichen Gegebenheiten unversehens den Kleinbauern Befehle erteilten. Außerdem zerstörte die Agrarreform die seit langer Zeit bestehenden Verbindungen zwischen Kleinbauern und Großgrundbesitzern. Dadurch verloren die armen Bauern ihre traditionellen Quellen für Saatgut, Wasser und landwirtschaftliches Gerät, ohne daß die Regierung in der Lage gewesen wäre, eine greifbare Alternative anzubieten. Weitere Probleme entstanden durch die bauerlichen Moralvorstellungen und durch Stammesloyalität, mit denen sich die entschieden nach urbanen Gesichtspunkten vorgehenden Kader bald zusammenstießen. Die gesellschaftlichen Interessengruppen, die am stärksten von den Reformen betroffen waren, waren die nicht sehr zahlreichen Großgrundbesitzer Afghanistans und die Stammesoberhäupter, die ihren Lebensunterhalt durch Schmuggelgeschäfte mit Pakistan bestritten. Die Art und Weise jedoch, in der die Reform durchgeführt wurde, erleichterte es ihnen, die breite Masse der Landarbeiter um sich zu scharen, dies um so leichter, als die Landarbeiter, die durch die neue Bodenreformpolitik Land erhalten hatten, wahrscheinlich daraus keinen materiellen Nutzen ziehen konnten. Dies lag an der zu knapp bemessenen Zeit und am Zusammenbruch des ländlichen Versorgungssystems. Die ziemlich dogmatisch und teilweise rücksichtslos durchgeführten Reformen trugen dazu bei, die Kluft zwischen Partei und Landbevölkerung noch zu vertiefen, was zumindest einige Führungskräfte schon befürchtet hatten.

Drei weitere Probleme brachten den anfänglichen revolutionären Elan zum Scheitern. Dazu zählt zunächst die Uneinigkeit innerhalb der Partei und ihre außergewöhnlich undemokratische Organisationsstruktur. Innerhalb von wenigen Monaten nach der Machtergreifung im April gab es zwei Auseinandersetzungen, die in einem unmittelbaren Zusammenhang standen. Die erste fand im Juli 1978 statt; verwickelt waren darin die auf Botschafterposten abgeschobenen führenden Parchamis. Die zweite Auseinandersetzung folgte im August, als eine Gruppe von Armeeeoffizieren und Mi-

nistern wegen eines Putschversuchs inhaftiert wurde. Von den meisten ließ es später, sie hätten „gestanden“. Damit aber waren die Streitigkeiten nicht beendet. Anfang 1979 wurden weitere Parchamis inhaftiert, doch auch innerhalb des siegreichen Khalq-Flügels gab es immer mehr Querelen, die sich offensichtlich durch die Krise im Lande zuspitzten. Obwohl Taraki, anfangs Staatspräsident, Ministerpräsident und Generalsekretär des Zentralkomitees, zunächst eine führende Rolle gespielt hatte, wurde seine Position allmählich durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Außenminister und Vorsitzenden des Politbüros, Hafizullah Amin, gefährdet.

Amin wurde 1927 als Sohn einer Paschtunen-Familie auf dem Lande geboren, studierte in den frühen fünfziger Jahren an der Columbia University Education School in New York und wurde Lehrer. Er organisierte den Aufstand der Militärs vom April 1978 und leitete die Sicherheitsabteilung der DVPA. Auch als erst stellvertretender Ministerpräsident war, hatte er nahezu unangefochtenen Einfluß bei den Streitkräften und bei der Aqsa, der mit russischer Hilfe im Mai 1978 aufgebauten Geheimpolizei. Er schien Durchsetzungsvermögen zu haben, ehrgeizig und von beachtlicher politischer Flexibilität — um nicht zu sagen: ein Opportunist — zu sein. Alles deutet darauf hin, daß er zumindest seit Anfang 1979 alles daran setzte, die DVPA auf Kosten Tarakis unter seine Kontrolle zu bringen.

Als zweites Problem wäre die Verschlechterung des gesamten politischen Klimas der Region und insbesondere der Einfluß der iranischen Revolution zu nennen. Wie bereits erwähnt, war die pakistanische Regierung, die sich Kabul gegenüber wegen des Patschunistan- und des Belutschistanproblems lange Zeit feindselig verhalten hatte, durch die Vorgänge in Afghanistan beunruhigt. Sehr bald begann sie, die Paschtunenstämme, die die Grenze überschritten, zu unterstützen. Der Iran hatte ursprünglich trotz der gemeinsamen Grenze ein sehr viel geringeres direktes Interesse an Afghanistan; der Schah hatte 1978 der DVPA wenig Widerstand entgegengesetzt. Der Sieg der iranischen Revolution Anfang Februar 1979 hatte jedoch schwerwiegende ideologische und materielle Folgen für das Regime in Afghanistan: Ideologisch stärkte und ermutigte sie die moslemischen Gegner der DVPA; Khomeini machte sogar die „afghanische Sache“ zu seiner eigenen. Bedeutender waren noch die wirtschaftlichen Folgen der iranischen Revolution: Hundert-

⁶⁾ Ich danke Jan-Heeren Grevemeyer für die Hintergrundinformationen zur Bodenreform. Seine Studie über die Beziehungen zwischen Großgrundbesitzern und Bauern in Badakhshan erschien in „Mardomnameh“, Berlin 1980.

tausende von afghanischen Wanderarbeitern wurden aus dem Iran ausgewiesen. Dies führte auch dazu, daß lebenswichtige Lieferungen für die afghanische Wirtschaft ausblieben; außerdem wurde die Ölzufuhr nach den Streiks im Iran und nach der Drosselung der Ölförderung unterbrochen. Es dauerte eine ganze Weile, bis diese Versorgungslücke durch Lieferungen aus der Sowjetunion geschlossen werden konnte.

Das dritte Problem war der Einfluß des chinesisch-sowjetischen Konfliktes auf Afghanistan. Trotz ihrer Moskauhörigkeit hatte die DVPA anfangs gehofft, normale Beziehungen mit Peking aufbauen zu können. Außerdem gab es innerhalb der DVPA gewisse politische Kräfte, die darauf drängten, daß Afghanistan eine Art unabhängiger Außenpolitik betreiben sollte. Dies war auch der Grund für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Süd-Korea und für den Aufbau der diplomatischen Beziehungen mit Pyonyang sowie dafür, daß man Taher Badakhshi, den Führer der maoistischen politischen Settem-i Melli Gruppierung, zeitweise an der Regierung beteiligte. Diese Politik war jedoch aus vielerlei Gründen nicht erfolgreich. Zum Teil lag das daran, daß die DVPA nicht einmal den bescheidenen Spielraum, der ihr für eine selbständige Außenpolitik verblieb, ausnutzte. Die Hauptverantwortung trugen allerdings die Chinesen, deren Zeitungen zunächst nüchtern, dann aber feindselig über die afghanische Revolution berichteten und dazu übergingen, die Konterrevolutionäre zu unterstützen⁷⁾. Ereignisse in Indochina trugen zu dieser Polarisierung bei. Ungefähr gleichzeitig mit dem chinesischen Angriff auf Vietnam Anfang 1979 gab es erstmalig Anzeichen dafür, daß die Chinesen via Pakistan materielle Unterstützung an die afghanischen Rebellen lieferten. Dies war Chinas Antwort auf seine Verluste in Indochina. In westlichen Zeitungen wurde diese militärische Einmischung Chinas herunterge-

spielt. Abgesehen von politischer Rücksichtnahme mag dies aber auch dadurch bedingt sein, daß Reporter nur zu den pakistanischen Flüchtlingslagern in der Nähe von Peshawar, nicht aber zu den militärischen Ausbildungslagern nahe der Grenze zugelassen wurden, wo chinesische Experten stationiert waren.

Anfang 1979 verschlechterte sich die Lage, weil konterrevolutionäre Gruppen gegen die Reformen der DVPA agitierten. Rebellen überfielen von Pakistan aus die Provinzen Kunar und Paktia. Am 14. Februar kam es dann zum erstenmal zu einem Einbruch in die bisher sicheren städtischen Zonen, als eine Gruppe bewaffneter Männer in Kabul den amerikanischen Botschafter Adolf Dubs entführte. Die afghanische Polizei, die der Bevölkerung ihre Stärke demonstrieren wollte, wählte offensichtlich die falschen Mittel bei den Verhandlungen mit den Entführern. Sie griff nicht zu den herkömmlichen Methoden der psychologischen Zermürbungstatik; der Botschafter und seine vier Entführer kamen ums Leben, als die afghanischen Sicherheitskräfte das Hotelzimmer, in dem er festgehalten wurde, stürmten. Neben der politischen Bedeutung dieses Vorfalles, durch den sich die Beziehungen zwischen den USA und Afghanistan verschlechterten, war dieses Vorgehen auch bezeichnend für die Brachialgewalt, mit der die Sicherheitskräfte Probleme lösten.

Ende März spitzte sich die Lage zu. Pakistanische Militärs unterstützten die Rebellen bei ihren Grenzüberfällen; und es kam auch in der im Nordwesten nahe der iranischen Grenze gelegenen Stadt Herat zu einem größeren Zusammenstoß. Offizielle Beschwerden Afghanistans, daß der Konflikt in Herat durch das Eindringen iranischer Truppen ausgelöst worden sei, entsprechen allem Anschein nach nicht der Wahrheit. Was auch immer die genaue Ursache gewesen sein mag, auf jeden Fall wurden Dutzende von sowjetischen Soldaten und Zivilpersonen erschlagen.

Kabuls neuer Kurs

von außen forciert wurden) einen weitreichenden und schließlich verhängnisvollen Wandel in der Politik der Zentralregierung verursacht haben. Am 27. März, drei Tage nach dem Beginn des Aufstandes in Herat, fand eine Regierungsumbildung statt. Taraki, der bis dahin Staats- und Ministerpräsident gewesen war, übergab das Amt des Ministerpräsidenten an Hafizullah Amin. Gleichzeitig wurde ein

Es hat den Anschein, als ob diese Unruhen in Stadt und Land (wobei zumindest die letzteren

⁷⁾ Zum chinesischen Standpunkt hierüber vgl. „Afghanistan in Turmoil“, in: Peking Review Nr. 24 vom 15. Juni 1979; darin werden die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der Sowjets in Afghanistan betont und über die „öffentliche Meinung des Auslandes“ berichtet, nach der Afghanistan allmählich zur „16. Republik“ der Sowjetunion avancierte.

Oberster Verteidigungsrat mit neun Mitgliedern neu gebildet, der den Oberbefehl über die Streitkräfte innehatte⁸⁾). Ebenso bedeutend war die Tatsache, daß die Russen nunmehr eine sehr viel aktivere Rolle im gesamten Regierungsapparat spielten. Am 6. April traf eine Delegation mit hochgestellten sowjetischen Persönlichkeiten unter der Führung von General Alexei Yepishew, dem Ersten stellvertretenden Verteidigungsminister und Vorsitzenden der politischen Abteilung der sowjetischen Landstreitkräfte und Marinestreitkräfte, ein⁹⁾.

Im Anschluß an diesen Besuch, der offenbar in Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Lage stand, wurde Wassili Safronchuk die gesamte Verantwortung für die Koordinierung der sowjetischen Afghanistanpolitik übertragen. Er bezog in der Volkskammer in Kabul ein Büro, das direkt neben dem Tarakis gelegen war. Offiziell war er eingetragen als Berater der sowjetischen Botschaft. Alexander Puzanow, seit 1973 Botschafter in Kabul, zuvor Botschafter in Nordkorea, Bulgarien und Jugoslawien, schien damit auf den zweiten Platz verwiesen worden zu sein. Gegen Ende des Sommers wirkten bis zu 5000 zivile sowjetische Berater in der Verwaltung des Staatsapparates mit, gewaltige Summen — täglich Millionen Dollars — wurden in das Land gepumpt, und die Sowjets trugen immer mehr unmittelbare Verantwortung für das militärische Vorgehen. Russische Streitkräfte übernahmen den nördlich von Kabul gelegenen Luftwaffenstützpunkt Bagram, sie stationierten Offiziere bis hinunter zur Kompaniechefebene.

⁸⁾ Vgl. Kabul Times vom 2. April 1979. Dem Obersten Verteidigungsrat gehörten vier Zivilpersonen an (Taraki, Amin, Sher Yan Mazdurjar, der Innenminister, und Iqbal, zuständig für politische Angelegenheiten bei den Streitkräften), außerdem fünf Offiziere (Major Watanyar, Verteidigungsminister, Major Yaqouts, Chef des Generalstabs, Asadollah, Führer der Aqsa, Oberst Gholam Sakhi, Befehlshaber der Luftabwehr und Oberstleutnant Nazar Mohammed, Befehlshaber der Luftwaffe). Ende September war Taraki tot, Watanyar, Asadollah und Masdurjar befanden sich im Exil in der UdSSR, nur Amin und Gholam Sakhi waren noch im Amt.

⁹⁾ Vgl. Kabul Times vom 7. April 1979. Wir wissen nicht, ob Yepishew selbst verantwortlich für den neuen politischen Kurs Afghanistans war oder ob er lediglich Instruktionen der KPdSU folgte. Er ist jedoch bekanntlich einer der parteitreuesten russischen Generäle, ein eifriger Verfechter der Invasion der Tschechoslowakei und — laut Roy Medwedjew (vgl. Stalin und Stalinismus, 1979) einer der Offiziere, die sich am stärksten für die Rehabilitierung Stalins einsetzten.

Seit dem Frühjahr hatten die meisten afghanischen Militärflugzeuge mindestens einen sowjetischen Piloten an Bord, der politischer Unzufriedenheit bei der Luftwaffe entgegenwirken sollte. Diese Entwicklung war von besonderer Bedeutung, weil sich mit der zunehmenden Verschlechterung der Lage im Lande die Regierung im Kampf gegen die Aufständischen mehr und mehr auf die Luftwaffe verließ.

Die neue Politik, die Amin und die Sowjets unter Safronchuk verfolgten, hatte anscheinend drei Hauptziele. Zunächst sollten alle Anzeichen von konterrevolutionären Aktivitäten unerbittlich mit militärischen Mitteln bekämpft werden. Während man 1978 die Luftwaffe eingesetzt hatte, um Dörfer zu warnen oder einzuschüchtern, hatte sie nunmehr den Auftrag, bäuerliche Siedlungen, in denen man Widerständler vermutete, zu bombardieren und zu zerstören. Da der Zerfall der Streitkräfte immer weiter fortschritt, verließ sich die Regierung seit dem Sommer immer mehr einzig und allein auf die Luftwaffe, um die aufständischen Kräfte zu zerschlagen.

Ein zweiter Weg zur Bekämpfung der Aufständischen war der Versuch der Sicherheitspolizei, die Zahl der Rebellen auf „natürliche“ Weise zu verringern. Militärmaschinen wurden eingesetzt, um die Ernte zu vernichten, wie das etwa in der Provinz Kunar geschah. Man hoffte, daß die Schneefälle im November dem Aufstand ein Ende setzen, daß die Rebellen sich ergeben oder Hungers sterben würden. Inoffiziellen Angaben zufolge rechnete man in Afghanistan für das Jahr 1980 mit einer Minderernte bis zu 1,4 Millionen Tonnen, das entspricht etwa der Hälfte des normalen Bedarfs. Anfang der siebziger Jahre wurde das Land von einer Hungersnot heimgesucht; gleiches steht ihm auch jetzt wieder bevor.

Drittes Ziel der neuen Politik war eine Übereinkunft mit einer neuen pakistanischen Regierung, wie sie nach den Erwartungen Kabuls aus den für die zweite Jahreshälfte 1979 ausgeschriebenen Wahlen hervorgehen würde. Die Regierung in Kabul nahm daher nicht nur Kontakte mit ihren alten Verbündeten in Pakistan, wie z. B. Wali Khan, auf, sondern auch mit der Volkspartei des ehemaligen Ministerpräsidenten Bhutto. Wenn diese willkommenen Kräfte erst einmal an der Macht sein würden, so dachte man in Kabul, wäre es möglich, die Nachschubwege der Rebellen abzuschneiden und sie im Lande selbst mit Waffengewalt niederzumachen und auszuhungern.

Die Entscheidung für diese Politik mag sehr wohl dazu geführt haben, daß die Konterrevolution, die noch im Frühjahr auf wenige Regionen beschränkt war, sich nunmehr zu einer landesweiten Bewegung ausbreitete. Allerdings ist auch denkbar, daß die islamische Massenbewegung ohnehin dazu führte, daß die Konterrevolution bedrohliche nationale Ausmaße annahm.

In Pakistan fanden dann bekanntlich überhaupt keine Wahlen statt. Zia-ul-Haq hatte sie auf unbestimmte Zeit verschoben. Eine Ende April in Kabul verkündete Amnestie blieb nahezu wirkungslos, und im Sommer befand sich das ganze Land im Aufstand. Provinzen wie Kunar und Paktia waren nahezu gänzlich in der Hand der Rebellen. Nur noch wenige Gebiete außerhalb der größeren Städte galten als sicher.

Der Widerstand breitete sich rasch aus und forderte seinen Tribut: Sobald ein Dorf oder ein Gebiet von Streitkräften der Regierung

unter Beschuß genommen wurde, holten die Stadtbewohner, die aus jener Region kamen, zum Gegenschlag gegen die DVPA-Regierung aus. Auch Soldaten und Beamte gaben ihre Posten auf und stießen zu den Aufständischen in den Bergen. Im Juli und August liefen ganze Brigaden der afghanischen Armee (je etwa 1 000 Mann) mit Panzerfahrzeugen und Waffen zu den Rebellen über, z. T. komplett ausgerüstet, mitsamt ihren Panzern (die die Rebellen nicht benutzen können, weil sie kein Benzin und keine Mechaniker haben); es gibt außerdem Berichte darüber, daß ein Großteil der 80 000—100 000 Mann starken Armee entweder zu den Rebellen übergelaufen war oder nicht mehr als regierungstreu angesehen werden konnte. Andererseits konnten jedoch Regierungstruppen im Oktober in Paktia eine massive Gegenoffensive starten. Dadurch wurde bewiesen, daß sie mit umfangreichem Nachschub aus der Sowjetunion immer noch in der Lage waren, feindliche Hochburgen zurückzuerobern.

III. Repression in den Städten

In den Städten verlief die Entwicklung ähnlich wie auf dem Lande; seit der politischen Neuorientierung im April 1979 wurde auch hier die Repression immer stärker. Die Geheimpolizei Aqsa unterstand dem Ministerpräsidenten und war daher seit Ende März sowohl formal als auch in der Praxis unter der Kontrolle Amins. Ihr stand die Sarandoy zur Seite, eine Art Militärpolizei, die vor der Revolution von Beratern aus der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet worden war und später Unterstützung durch die DDR und die UdSSR erhielt. Darüber hinaus baute sich die DVPA eine eigene Miliz auf, die angeblich eine Stärke von 70 000—300 000 Mann erreichte (sogar die Zahl 70 000 dürfte aber übertrieben gewesen sein). Anscheinend sind zahlreiche, wenn nicht gar die meisten, Gründungsmitglieder der DVPA bei den Kampfhandlungen von Rebellen oder meuternden Teilen der Streitkräfte getötet worden. Die Guerrillas brachten systematisch und ohne zu zögern jedes Mitglied der DVPA, das ihnen in die Hände fiel, um, es sei denn, es handelte sich um Mechaniker, die ihnen bei der Wartung von erobertem militärischem Gerät nützlich sein konnten. Dieser Aderlaß hat die DVPA auch politisch sehr geschwächt.

Nachdem die meisten der bereits vor April 1978 der Partei angehörenden erfahrenen Ka-

der umgekommen waren, gewann die DVPA aus ihrer Anhängerschaft, die hauptsächlich junge gebildete Leute aus den Städten umfaßte, neue Mitglieder und konnte so die Parteiorganisation weiter ausbauen. Daß die Rebellen all denen, die auf der Seite der Regierung standen, mit dem Tode drohten, mag wesentlich zum Zusammenhalt unter den Anhängern des DVPA-Regimes beigetragen haben.

Irgendwann im Jahre 1979 begannen die Aqsa und die Sarandoy damit, in den Städten die Personen in Vorbeugehaft zu nehmen, die aus aufständischen ländlichen Gebieten kamen. Dies ist der Grund für die Verhaftungswelle in den Städten, in deren Verlauf Tausende einzig wegen des Verdachtes konterrevolutionärer Umtriebe ohne ordentliches Gerichtsverfahren ins Gefängnis gebracht wurden. Heute kann man kaum bestreiten, daß politische Häftlinge bei Massenhinrichtungen der Aqsa ums Leben kamen. Immer häufiger gab es Berichte über Folterungen, in denen zum erstenmal in der Geschichte Afghanistans auch von modernen Methoden wie dem Elektroschock die Rede war. Genaue Zahlen lassen sich schwer ermitteln; alles deutet jedoch darauf hin, daß wahrscheinlich seit dem Frühjahr 1979 mehrere Hundert Menschen in der Gefangenschaft ums Leben kamen, daß über

10000 im Zuchthaus saßen und daß Zehntausende in der Zeit bis zum Sturz Amins bei den Kämpfen auf dem Land getötet wurden¹⁰⁾.

Mehr als einmal verlor das Regime die Kontrolle über die Lage in den Städten. Auf den Aufstand vom März in der Stadt Herat folgten weitere im April in Jalalabad, an deren Niederschlagung wiederum russische Militärs beteiligt waren. Am 23. Juni kam es zum erstenmal in Kabul selbst zu einem ernstem Zusammenstoß, als eine Gruppe von Aufständischen aus der Provinz Hazara einen Posten der Sarandoy besetzte und erst nach dem Einsatz von zwei Kampfhubschraubern vom Typ MI-24 überwältigt werden konnte. Am 5. August kam es zu einem noch schwereren Zwischenfall, als Soldaten der 444. Kommandoeinheit, die im Kabuler Fort von Bala Hissar stationiert waren, zum Schlag gegen die Regierung ausholten. Diese Einheit bestand zwar zum größten Teil aus Mitgliedern der DVPA, meuterte jedoch, als Sicherheitskräfte der Sarandoy in das Fort eindringen, um Soldaten in Vorbeugehaft zu nehmen. Die Kampfhandlungen zogen sich über mehrere Stunden hin, bis es der Regierung wiederum mit Hilfe der Luftwaffe gelang, den Aufstand niederzuschlagen, wobei mehrere Hundert Menschen getötet wurden. Einige Tage später, am 12. August, brachen Unruhen in der Stadt Kandahar aus. Sie begannen, nachdem einige Russen öffentlich Früchte zu verzehren begannen, die sie auf dem Markt gekauft hatten — im Fastenmonat Ramadan ein großes Ärgernis. Anscheinend wurden dann der örtliche sowjetische Kommandeur und einige seiner Offiziere von afghanischen Truppen erschlagen, nachdem diese sich geweigert hatten, die aufgebrachte Menge auf dem Marktplatz anzugreifen.

Alles in allem hat das Regime offenbar seit Beginn der Aufstände im Jahre 1979 mit unnötig gewaltsamen Mitteln Andersdenkende unterdrückt. So bediente sich nicht nur die Opposition jener brutalen Mittel, die in der Politik Afghanistans von jeher an der Tagesordnung waren; von ihnen wurden auch die Reaktionen der DVPA geprägt und pervertiert.

Als die Konterrevolutionäre während des Sommers Unterstützung erhielten, gab es in der Regierung zunehmend Anzeichen für interne Spannungen. Amin, dem als Minister-

präsidenten bereits die Sicherheitskräfte unterstanden, übernahm am 27. Juli auch das Amt des Verteidigungsministers. Man schirmte den Präsidenten Taraki zunehmend gegenüber ausländischen Journalisten ab. Er schien nicht mehr Herr, sondern Gefangener der Lage zu sein. Dies wurde jedoch durch einen grotesken Personenkult verschleiert, der manchmal geradezu den Anschein erweckte, ihn diskreditieren zu wollen.

Zwei Themen, die immer wieder in Stellungnahmen der Regierung auftauchten, sind bezeichnend für die Schwierigkeiten, mit denen sie sich auseinandersetzen mußte. Erstens berief sich die DVPA immer häufiger auf den Islam. Sehr früh schon behaupteten Taraki und Amin, daß ihre Regierung nicht gegen den Islam sei und daß die Feinde der Revolution nicht „Moslembrüder“, sondern „Brüder des Teufels“ wären. Taraki übernahm als Staatsoberhaupt am Ende des Fastenmonats Ramadan die Rolle des Vorbeters; am Geburtstag Mohammeds und im August verkündete die Versammlung der Religionsführer, Ulama Jirgah, daß es legal sei, Feinde der Revolution, die Mitglieder der Moslembrüderschaft wären, zu töten¹¹⁾. Man brachte Gruppen von gläubigen Stammesoberhäuptern zu Ansprachen Amins oder Tarakis nach Kabul, damit sie dort ihre Loyalität gegenüber dem Regime erklärten; viele von ihnen aber waren von Amins Büro dafür bestochen worden.

Ein zweites Thema, dessen Behandlung zugleich dafür bezeichnend ist, wie die DVPA marxistische Ideen für ihre Zwecke umdeutete, war die Behauptung, das Afghanistan bereits ein Arbeiterstaat sei. Hierbei bestand ein deutlicher Unterschied zwischen Taraki, der sich immerhin um eine Begründung dieses Anspruchs bemühte, und Amin, der ihn in völlig überzogener Weise geltend machte. Taraki gestand ein, daß die Arbeiterklasse in Afghanistan nur eine sehr kleine Schicht bildete, betonte jedoch, daß dies dadurch kompensiert würde, daß viele Bauern „potentielle Arbeiter“ wären und daß die internationale Arbeiterklasse (d. h. die UdSSR) Unterstützung leisten würde¹²⁾. Amin dagegen behauptete, daß zur eigentlichen Arbeiterklasse bis zu 6 v. H. der afghanischen Bevölkerung gehörten (diese Zahl war ungeheuer übertrieben) und daß die

¹⁰⁾ Zur Verurteilung und sorgfältigen Berichterstattung über diese Ereignisse vgl. Amnesty International, Violation of Human Rights and Fundamental Freedoms in the Democratic Republic of Afghanistan, London, September 1979.

¹¹⁾ Vgl. Kabul Times vom 22. August 1979; darin wird die Ulama zitiert, die den Massen einschärfte, die DVPA zu unterstützen, wobei sie sich auf den Koran berief, in dem es heißt: „Gehorche Allah, den Propheten und deinem Herrscher“.

¹²⁾ Vgl. Kabul Times vom 8. April 1979.

Eigentümlichkeit der Revolution in Afghanistan gerade darin bestünde, daß mit ihr ein Übergang unmittelbar vom Feudalismus zum Sozialismus vollzogen würde. Er behauptete, daß die Revolution vom April 1978 eine „Revolution der Arbeiterklasse“ gewesen und die „Herrschaft des Proletariates“ durchgesetzt worden sei¹³⁾. Damit verfolgte man wahrscheinlich auch das Ziel, an die Russen zu appellieren — obwohl diese weiterhin Afghanistan in einem Atemzug mit Äthiopien, Madagaskar, Südjemen und Algerien nannten und es nicht als Vollmitglied des sozialistischen Lagers zählten.

Innenpolitisch hatte die Drohung des „proletarischen“ Elements eindeutig ideologische Funktion: Die „Arbeiterklasse“ (d. h. die DVPA)

hat die Aufgabe, den Rest des Landes unter Kontrolle zu halten; die Bauern werden von einer Führungsrolle in der Revolution demonstrativ ausgeschlossen. Alle Gegner des Staates sind Konterrevolutionäre. Die Diktatur einer kleinen radikalen Partei, deren Einzugsgebiet hauptsächlich die Städte sind, ist daher gerechtfertigt. Diese wilden Behauptungen liefern zwar nur ein Zerrbild der Realität, geben aber andererseits der DVPA auch Argumente an die Hand, um ihr eigenes Vorgehen zu rechtfertigen. Fügt man nun noch die Solidarität der „internationalen Arbeiterklasse“, d. h. die militärische Unterstützung der UdSSR, hinzu, dann konnte man eine ganze Reihe von politischen und theoretischen Fragen schon fast allzu elegant abblocken.

IV. Die politischen Kräfte der Konterrevolution

Gegen Ende des Sommers 1979 sah es so aus, als ob das Regime infolge des konterrevolutionären Vormarschs und seiner eigenen Fehler die Gefolgschaft vieler seiner Anhänger und Sympathisanten verloren hätte. Die Massenverhaftungen und der allgemeine Terror, für den die Aqsa und die Sarandoy verantwortlich waren, ließen in den Städten Intelligenz und Bedienstete des Staates von der Partei abfallen; ein Teil dieser Gesellschaftsschicht war bereits eliminiert worden. Dem Regime war es nicht gelungen, die Mehrheit der armen Landbevölkerung, der ein paar Monate später der

Hungertod drohte und die zu den Widerständlern überlief, für sich zu gewinnen.

Nicht einmal die für die Partei so zentrale Nationalitätenpolitik war erfolgreich. Rundfunksendungen und Zeitungen in den verschiedenen Landessprachen stießen kaum auf Gegenliebe, da nur allzu oft von sowjetischen Beratern verfaßte Regierungspropaganda wiederholt wurde. Von allen Volksgruppen waren die Hazaras am stärksten unterdrückt. Zudem waren sie als Schiiten besonders empfänglich für Khomeinis Appelle, so daß schon gegen Ende des Frühjahrs unter ihnen die Revolte ausbrach. Die meisten Belutschen, ein Nomadenstamm, waren nach Pakistan und in den Iran geflohen. In Zentralafghanistan waren die meisten nichtpaschtunischen Führungskräfte von der Partei abgefallen, so daß die Regierung fast ausschließlich mit Paschtunen besetzt war. In den demagogischen Aufrufen des

¹³⁾ Vgl. Antiimperialistisches Informationsbulletin, a. a. O., S. 8 ff. In einer für ihn typischen Ansprache vor Parteikadern erklärte Amin: „Es gibt eine neue These zur epochemachenden Theorie über die Arbeiterklasse: durch den heldenhaften Kampf der Partei der Arbeiterklasse konnte aus der Feudalgesellschaft die Revolution der Arbeiterklasse entstehen ... Da die Arbeiterklasse die führende Rolle beim Sturz der kapitalistischen Regimes in den kapitalistischen Industrieländern spielt, vorausgesetzt, die Arbeiterklasse hat ein Klassenbewußtsein und arbeitet als Partei im Bewußtsein der epochemachenden Theorie über die Arbeiterklasse, hat unser großer Führer entdeckt, daß es in den Entwicklungsländern andere Kräfte gibt, die die alles beherrschende Feudalregierung stürzen können. Dies beruht auf der Tatsache, daß die Arbeiterklasse als Machtfaktor noch nicht entwickelt ist, und die anderen Kräfte, die die Feudalherrschaft stürzen könnten, waren in Afghanistan daher die Streitkräfte. Deswegen hat unser großer Führer sofort Order gegeben, daß unter diesen Kräften die Ideologie der

Arbeiterklasse verbreitet werden sollte ... Wir sind stolz auf die Partei und auf unseren geliebten großen Führer, der unsere Partei und unsere Khalq-Freunde in den Streitkräften so anleitete, daß wir die Revolution der Arbeiterklasse in Afghanistan erfolgreich durchführen konnten ... Unsere Partei ist im Herzen der Arbeiterklasse Afghanistans fest verwurzelt und wird von jedermann respektiert, ein jeder hat die Revolution unterstützt, so daß sie siegreich war. Darum sagen wir, daß die Revolution mit der Unterstützung der Arbeiter von den DVPA-Mitgliedern zum Erfolg geführt wurde.“ Vgl. Kabul Times vom 19. April 1979.

Regimes war zwar hier und da die Rede von den verschiedenen Volksgruppen Afghanistans und den daraus entstehenden Problemen. Tatsächlich aber konnte man aus offiziellen Stellungnahmen der DVPA kaum entnehmen, daß die politische Führung etwa versucht hätte, die Besonderheiten der afghanischen Gesellschaft zu verstehen oder die vielfältigen Probleme des Landes anders als vom grünen Tisch in Kabul aus anzugehen. Die Beschwörung des Islam und die Zusammenkünfte der politischen Führung mit Stammesoberhäuptern waren bloße Fassade — ein schlechter Ersatz für eine ernst zu nehmende politische Strategie, die sich an den sozialen Kräften orientiert hatte.

Vorteilhaft für das Regime war jedoch die Uneinigkeit innerhalb der oppositionellen Bewegung. Ihr gehörten mindestens acht unterschiedliche Gruppierungen an, die sich untereinander häufig auf lokaler Ebene bekämpften. Diese lokalen Stammesgruppen unterstanden nicht unmittelbar dem Befehl irgendeiner politischen Organisation. Versuche, wenigstens die verschiedenen Gruppierungen, die sich nach Pakistan hin orientierten, unter einen Hut zu bringen, schlugen fehl. Neben Streitfragen regionaler und politischer Art war man

sich am meisten über die Rolle uneinig, die die nicht-paschtunischen Volksgruppen in Afghanistan nach der Beseitigung des DVPA-Regimes spielen sollten.

Parallelen zur „islamischen Bewegung“ im Iran sind ungeachtet der treibenden Kraft, die von der moslemischen Ideologie ausging¹⁴⁾, ziemlich irreführend. Läßt man einmal klar erkennbare politische Unterschiede, die zwischen der Regierung Pahlevis und dem DVPA-Regime sowohl national als auch international bestanden, außer acht, so lassen sich zwei weitere Unterscheidungen treffen: Erstens: Während die iranische Bewegung in einer Gesellschaft, in der 50% der Bevölkerung in Städten lebten, hauptsächlich urbanen Ursprungs war, ging die afghanische Bewegung vor allem von bäuerlichen Gebieten aus, da nur 13% der Bevölkerung in den Städten lebt. Zweitens: Während im schiitischen Iran die Religionsführer in der Bewegung selbst eine führende Rolle spielten, ist im mit 80% überwiegend sunnitischen Afghanistan die Bewegung in der Hand von Stammesoberhäuptern und Intellektuellen oder in der Hand von Nachkommen moslemischer Heiliger. Die Bewegung wird jedoch nicht generell von den Religionsführern getragen¹⁵⁾.

V. Kollisionskurs ab September

Die kritische Situation scheint Taraki und die Russen zu einem Kurswechsel veranlaßt zu haben. Staatspräsident Taraki besuchte Anfang September die Konferenz der blockfreien Staaten in Kuba und traf auf dem Rückweg nach Kabul am 10. September in Moskau mit Breschnjew zusammen¹⁶⁾. Sein Versuch, Amin abzusetzen, schlug jedoch fehl. Nach seiner Rückkehr zitierte er Amin in den Präsidentenpalast, wo unter noch ungeklärten Umständen eine von Explosionen begleitete Schießerei ausbrach. Am 16. September hieß es, Taraki sei „aus Gesundheitsgründen“ zurückgetreten. Ob er sofort umgebracht wurde, ist ungeklärt. Am 9. Oktober gab Radio Kabul bekannt, daß er am Morgen „seiner Krankheit“ erlegen sei.

Alles deutet darauf hin, daß es die Russen waren, die versucht hatten, Amin abzusetzen, um statt dessen Taraki mit seiner umsichtigeren Politik zu unterstützen. Zuerst hatte man Taraki einen hochoffiziellen Empfang in Moskau bereitet, wie er nicht einmal Pham Wan Dong, der dort zur selben Zeit auf dem Rückweg

nach Hanoi Station machte, gewährt worden war¹⁷⁾. Das hätte die sowjetische Führung nicht getan, wenn sie vorgehabt hätte, sich Tarakis innerhalb weniger Tage zu entledigen. Außerdem reagierte die Sowjetunion nur zögernd auf Amins Sieg. Ein sowjetischer Journalist, der sich am gleichen Tag in der Moskauer TASS-Zentrale befand, bestätigte kürz-

¹⁴⁾ In typischer Diktion griff Radio Teheran einige Tage nach dem Sturz Tarakis die Regierung Amin an: „In Afghanistan wird es weiter brodeln bis zum Sieg der Rechten. Diesen Eid schwören in Berg und Tal Tausende afghanische Kämpfer, die gegen die Bastion des Atheismus in Kabul aus allen Landesteilen vormarschieren... Am Ende wird sich der Thron von Hafizullah Amin dem Willen des Volkes beugen, so wie auch Taraki und seine Freunde sich beugen mußten. Vgl. BBC Summary of World Broadcasts vom 22. September 1979.

¹⁵⁾ Zum Widerstand auf dem Lande vgl. *Le Monde* vom 20.—22. März 1979 und vom 8.—10. August 1979.

¹⁶⁾ Unbestätigten Berichten zufolge war Taraki auf dem Rückweg von Moskau nach Kabul mit der Führung der Parchamis zusammengetroffen.

¹⁷⁾ Vgl. *Le Monde* vom 25. September 1979.

lich, daß die Nachricht von Tarakis Sturz dort völlig überraschend kam. Ein weiteres Anzeichen für die Verlegenheit der Sowjetunion war die Abberufung des Botschafters Pusanow. Seinen Posten übernahm Fikriyat Tabewjew, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und seit 1960 Sekretär der Autonomen Tatarenrepublik.

Gegen diese Überlegungen spricht lediglich, daß es nicht gelang, Amin seines Amtes zu entheben. Man kann daher nur vermuten, daß es Taraki und seinem (treulosen) Adjutanten Taroun allein überlassen worden war, das Treffen zu organisieren, obwohl sich Safrontschuk und vermutlich Pusanow zur gleichen Zeit im Präsidentenpalast aufhielten. Nachdem die Sache nun einmal verpfuscht war, erkannten die Russen Amin an, vermutlich weil sie keine greifbare Alternative hatten. Amins erste Schritte sollten offenbar den Anschein erwecken, als wolle er die Vergangenheit hinter sich lassen und sich an Tarakis neuer politischer Linie orientieren; tatsächlich setzte er aber dann die außergewöhnlich repressive Politik fort, die er bereits als Ministerpräsident praktiziert hatte. Er kündigte die Einsetzung eines 58köpfigen Komitees an, das einen Verfassungsentwurf erarbeiten sollte — seit April 1978 wurde das Land mit den Dekreten des Re-

volutionrates regiert. Amin ließ einige politische Gefangene frei und wandelte Todesurteile in Freiheitsstrafen um. Er kritisierte den vormals von Taraki geübten Personenkult. Mit all diesen Maßnahmen konnte er jedoch nur wenige überzeugen. Dies lag nicht nur daran, daß man Amin sehr viel mehr als Taraki für die früheren Verhaftungen und Erschießungen verantwortlich machte, sondern auch daran, daß die Massenverhaftungen weiterliefen. Deren Zahl lag bei weitem über der der wenigen Freilassungen, die nach seiner Machtergreifung stattgefunden haben. Die Aqsa wurde aufgelöst, an ihre Stelle trat eine ähnliche Geheimdienstorganisation „KAM“, an deren Spitze ein Neffe Amins, Asadollah Amin, stand. Zwar erreichte der Kult um den neuen Staatspräsidenten nicht, zumindest nicht sofort, jene Formen, mit denen die Kabul Times Taraki gepriesen hatte. Doch sehr bald huldigte man dem neuen Staatspräsidenten als dem „tapferen Befehlshaber der April-Revolution“ und die Kabul Times veröffentlichte retuschierte Bilder von Amin. Wie Taraki unternahm Amin den Versuch, mit den oppositionellen Kräften ins Gespräch zu kommen, um sein Regime zu stärken. Keine der größeren, gegen die DVPA opponierenden Gruppen schien jedoch zu beabsichtigen, irgendeinen Kompromiß mit ihr zu schließen.

VI. Der Sturz Amins und die sowjetische Intervention

Trotz der Meinungsverschiedenheiten mit den Sowjets und trotz seiner eigenen Unpopularität verfocht Amin mit Nachdruck seine früheren politischen Ziele. Im Oktober unternahm Regierungstruppen eine recht erfolgreiche Offensive gegen Aufständische in Paktia. In den Städten wurden an die 4000 Anhänger Tarakis, darunter Armeeangehörige und Zivilpersonen, inhaftiert. Amin hatte die Dreistigkeit, offiziell die Russen für die Ereignisse im September verantwortlich zu machen: Sein Außenminister, Shah Wali, unterrichtete Anfang Oktober die Botschafter der Ostblockstaaten in Kabul über die Rolle der Sowjets, und unter den Mitgliedern der DVPA zirkulierte ein Papier, das den Sowjets, Taraki und den vier Mitgliedern der sogenannten Taraki-Clique, die in die UdSSR geflohen sei (Asadollah Sarwari, Watanyar, Masduryar, Gulabzoi), die Schuld für die Krise vom September zuschob¹⁸⁾. Die Sowjets leisteten zwar weiterhin

wirtschaftliche und militärische Hilfe, in der sowjetischen Presse jedoch wurde die Berichterstattung über Afghanistan nachweislich eingeschränkt.

Der Sturz Amins wurde dann zu einem taktisch sehr günstigen Zeitpunkt eingeleitet: Die Industrieländer des kapitalistischen Lagers waren durch die Teheraner Geisellaffäre und durch das bevorstehende Weihnachtsfest abgelenkt. Da mit dem Winter auch die Schneefälle einsetzten, gab es in der Auseinandersetzung mit den islamischen Rebellen im Gebirge eine Atempause. In den letzten beiden Dezemberwochen flogen die Russen mehrere Tausend Soldaten nach Kabul. Vorangegangen war die Konzentration sowjetischer Streitkräfte entlang der Grenze zu Afghanistan. Bei den nach Kabul entsandten Truppen handelte es sich nicht wie zuvor um Berater, sondern um Kampfeinheiten. Statt der Militärflughäfen wie Bagram benutzten sie demonstrativ Kabuls Zivilflughafen. Nach stunden-

¹⁸⁾ Vgl. Le Monde vom 22. Dezember 1979.

langen Schießereien in Regierungsgebäuden und nach Straßenkämpfen kam am 27. Dezember die Meldung vom Sturz Amins. Zusammen mit seinem Bruder und Asadollah Amin, seinem Neffen und Chef der Geheimpolizei, war der ehemalige Staatspräsident abgeurteilt und hingerichtet worden. Gleichzeitig hieß es, daß eine neue Regierung der DVPA unter dem Parchamiführer Babrak Karmal gebildet worden sei.

Auch wenn nach wie vor Unklarheit über den genauen Gang der Dinge besteht, kann man kaum daran zweifeln, daß Amin auf Betreiben der Russen und durch ihre Intervention gestürzt wurde. Ihre Beweggründe dafür waren die gleichen wie im September, daß nämlich keine von Amin geführte Regierung in der Lage gewesen wäre, gegen die Konterrevolution zu bestehen und sie zurückzuschlagen. Rückblickend muß man sagen, daß Amin sich in dem Glauben, er könne sich unbegrenzt gegen das Land, auf dessen Unterstützung das DVPA-Regime so sehr angewiesen war, behaupten, schwer verrechnet hatte. Doch der Preis für den Sturz Amins ist offenbar außerordentlich hoch gewesen, vor allem, weil er den Staatsapparat noch weiter geschwächt hat, was in besonderem Maße für die Streitkräfte gilt.

Amin hatte vor und nach der Septemberkrise eine starke Anhängerschaft in den Streitkräften und in der Miliz gewonnen. Personen, die unter dem Verdacht standen, mit den Parchamis oder mit Taraki zu sympathisieren, hatte er gefeuert, einige davon wurden umgebracht. Daher scheint es schließlich im Dezember unmöglich gewesen zu sein, Amin lediglich durch eine Verschwörung der Streitkräfte zu Fall zu bringen. Darüber hinaus löste der Transport sowjetischer Truppen nach Afghanistan unweigerlich den Widerstand nationalistischer Kreise bei den Streitkräften aus, so daß viele desertierten oder sich einem Regierungswechsel widersetzen. Die Streitkräfte, die die neue Regierung übernahm, waren also durch die vorangegangenen 20 Monate interner Auseinandersetzungen, durch die Exekutionen von Konterrevolutionären und nun auch durch den Widerstand gegen die Entmachtung Amins im Dezember stark geschwächt.

In Zusammensetzung und Politik der neuen Regierung zeigt sich deren Absicht, ein möglichst breites politisches Spektrum anzusprechen; dabei verlagert sie allerdings einige der Konflikte zwischen den politischen Flügeln, die schon die vorangegangenen Regime bela-

stet hatten, nach innen, in die neue Regierungsmannschaft hinein. Damit sind künftige zusätzliche Auseinandersetzungen vorprogrammiert. Babrak Karmal ist zugleich Ministerpräsident und Staatspräsident; seinem Kabinett gehören die führenden Köpfe der Parchamis an, die im Sommer 1978 vom Khalq-Flügel aus Afghanistan vertrieben worden waren. Zur neuen Regierung zählen aber auch vier Mitglieder der „Taraki-Klique“, die Amin nach den Zwischenfällen vom September angeprangert hatte.

Die politischen Aussagen Babrak Karmals deuten darauf hin, daß er sich sehr viel stärker von früheren politischen Positionen der DVPA distanziert, mehr noch, als Taraki es beabsichtigt oder Amin angekündigt hatte. Er gab bekannt, daß alle politischen Gefangenen freikommen würden, entließ am 6. Januar 2000 Gefangene aus dem Kabuler Gefängnis, bot den Rebellen bedingungslose Amnestie an und versprach, vielleicht nicht ganz überzeugend, die Genehmigung zum Aufbau politischer Parteien zu geben, vorausgesetzt, diese unterstützten nicht die Konterrevolution. Er betonte, daß das neue Regime eine politische und keine militärische Lösung für die Probleme des Landes anstrebe und stand damit in scharfem Gegensatz zu Amin, der seine Gegner mit einem ganzen Arsenal moderner Waffen in Angst und Schrecken versetzt hatte. Babrak Karmal nahm auch besondere Rücksicht auf den Islam und sicherte ihm die Unterstützung der Regierung zu. Zugleich rückte er von den politischen Thesen Tarakis und Amins über den „Arbeiterstaat“ ab und wies der Revolution in Afghanistan nunmehr einen rein „national-demokratischen“ Auftrag zu.

Aus vielerlei Gründen durfte man daran zweifeln, ob es dieser neuen, von sowjetischen Streitkräften unterstützten Koalition gelingen würde, mit der als Erbe übernommenen politischen Situation fertig zu werden. Die vorangegangenen Auseinandersetzungen und die Säuberungsaktionen zwischen den politischen Gruppierungen waren ja mit äußerster Härte durchgeführt worden. Am meisten böses Blut hatte es zwischen den Parchamis und den ehemaligen Anhängern Tarakis gegeben. Und nun wurde die ohnehin schon schwache Position von Partei, Armee und Regierung noch durch die beiden Krisen vom September und Dezember beeinträchtigt. Das warnende Beispiel vom Sturz Amins vor Augen, mußte sich das neue Regime nicht nur selbst konsolidieren. Man erwartete von ihm außerdem, über Monate und sogar Jahre hinweg eine längerfristige po-

litische Lösung anzustreben, die der bäuerlichen Bevölkerung mehr Freiheiten und die Aussicht auf materielle Verbesserungen bieten sollte. Darüber hinaus mußte die neue Regierung es irgendwie schaffen, die aufständischen Stämme dazu zu bringen, einen Zentralstaat zu akzeptieren.

Über all dem steht die Frage nach dem Sinn und Zweck der russischen Präsenz in Afghanistan sowie nach ihren Auswirkungen. Die sowjetische Intervention spiegelte den Tatbestand wider, daß die UdSSR nach dem Scheitern der Initiative von Taraki sonst nur drei Möglichkeiten hatte, die alle — auf je andere Weise — wenig attraktiv waren: Erstens hätte sie der DVPA ihre Unterstützung entziehen können, hätte damit jedoch eine noch größere politische Niederlage in Kauf genommen und Afghanistan den islamischen Reaktionen überlassen, was möglicherweise zu jahrelangem, aussichtslosem Bürgerkrieg geführt hätte. Zweitens hätte sie Amin unterstützen können, der zu keinem politischen Lösungsversuch mehr fähig war und dem Regime immer mehr Schaden zufügte. Drittens hätte sie Amin mit dem Einsatz einer ausreichenden Zahl von Streitkräften stürzen und die neue Regierung so lange stützen können, bis sie sich fest genug etabliert haben würde. Diese Art der Intervention etwa mit denen in Ungarn oder der Tschechoslowakei zu vergleichen, wäre völlig unangebracht gewesen: Weder in Ungarn noch in der Tschechoslowakei hatte es nennenswerte, vom Ausland unterstützte konterrevolutionäre Kräfte gegeben, außerdem waren die gestürzten Regierungen von Imre Nagy beziehungsweise von Alexander Dubček allem Anschein nach ziemlich populär. In Afghanistan hingegen hatten sich die Dinge gerade wegen der breit angelegten Konterrevolution zugespitzt, Amin war zudem als Staatspräsident außerordentlich unbeliebt und auf die tagtägliche Unterstützung der Sowjets angewiesen.

Die Sowjets haben sich in ihrer Afghanistapolitik bereits vor ihrer Intervention im Dezember einiges zuschulden kommen lassen. Beispielsweise müssen sie sich für die politischen Lösungen und Modelle, zu denen sie den DVPA-Führern rieten, Vorwürfe gefallen lassen. Die Intervention war letztlich nur ein

Reflex der katastrophalen Auswirkungen dieser politischen Linie. Außerdem nahm die Sowjetunion damit außergewöhnlich hohe Kosten in Kauf — wirtschaftlich gesehen, weil sie sich verpflichtete, die DVPA über einige Jahre hinweg zu unterstützen, militärisch gesehen, weil sie Zehntausende von Soldaten in Afghanistan stationierte und mit Verlusten rechnen mußte, und vor allem politisch gesehen, weil sich die internationale Lage merklich verschlechterte. Die Beziehungen der UdSSR zu den USA und zu China wurden von den Ereignissen in Afghanistan in Mitleidenschaft gezogen, gerade das Verhältnis zu China hatte sich in den vorangegangenen Monaten gebessert. Auch ihre Beziehungen zu den islamischen Ländern, die selbstgerecht wie eh und je die aufständischen Konterrevolutionäre begeistert unterstützen, verschlechtern sich¹⁹⁾. In dem neu geschaffenen Klima wird es imperialistischen Kräften leichter fallen, eigene militärische Interventionen vorzubereiten und zu rechtfertigen. Die Sowjets haben mit ihrer Intervention zwar der DVPA eine Atempause verschafft. Allerdings können die gegenwärtigen Probleme der afghanischen Revolution mit Hilfe der sowjetischen Intervention nur dann letztendlich erfolgreich gelöst werden, wenn es den Sowjets gelingt, auf eine andere Politik hinzuwirken, ohne dabei die gleichen militärischen Fehler wie in der Vergangenheit zu begehen. Der entscheidende Fehler der Sowjets war somit nicht so sehr die Intervention vom Dezember 1979 als vielmehr, daß sie es hatten soweit kommen lassen, daß ihnen gar nichts anderes mehr übrig blieb.

¹⁹⁾ Vgl. z. B. den Bericht von John Dale in Now vom 30. November 1979, worin es heißt: „Hier wie auch bei all meinen anderen Treffen mit den Mujahidin war der Empfang herzlich und freundschaftlich. Niemals traf ich auf Feindseligkeit oder Aggression. Ich gehe jedoch davon aus, daß eben diese Kräfte zu schrecklichen Gewalttaten fähig sind — Frauen und Kinder umbringen, sowjetische Soldaten bei lebendigem Leib aufschlitzen.“ Der Rebellenführer soll gesagt haben: „Wir exekutieren gebildete Soldaten, die wissen, daß sie das Volk herausfordern; die Politiker erleiden das gleiche Schicksal, das sie unseren Anhängern bereiteten.“ Nick Downie, ein britischer Kameramann, der vier Monate bei den paschtunischen Rebellen im Osten des Landes verbrachte, berichtete, sie seien „führungslos, untereinander zerstritten und kämpften vor allem, um zu plündern“, vgl. The Guardian vom 31. Dezember 1979.

VII. Welche Alternativen gab es?

Man muß sich fragen, ob das afghanische Regime — vor Dezember 1979 — auch einen anderen Weg hätte einschlagen können. So sehr man auch manche seiner politischen Aktionen verurteilen muß, eine umfassende Kritik der revolutionären Vorgänge in Afghanistan greift unter politischen Gesichtspunkten nur dann, wenn sich beweisen läßt, daß den Revolutionären reale Alternativen zu Gebote gestanden hätten. Man kann Zweifel äußern, ob es nicht schon ein Fehler war, daß sie im Wissen um ihre begrenzte Anhängerschaft im April 1978 die Macht übernahmen, doch es scheint, daß sie hierzu zwingende Gründe hatten. Sie haben nicht einfach mutwillig geputscht; vielmehr bestand für sie die Gefahr, von Daud im Zuge seiner Versöhnung mit Zia und dem Schah liquidiert zu werden. Deswegen entschlossen sie sich, loszuschlagen, obwohl sie geglaubt hatten, daß sie dazu noch mindestens zwei Jahre lang nicht in der Lage sein würden. Kritik an ihrer Grundentscheidung, ein Reformprogramm in die Wege zu leiten, ist ebenfalls fragwürdig, wo sie doch ihr Bemühen um eine sozialistische Veränderung und ihren ungeduldigen Übereifer gegenüber dem archaischen Gesellschaftssystem, das ihnen das vorangegangene Regime hinterlassen hatte, dadurch unter Beweis stellten, daß sie innerhalb weniger Monate nach ihrer Machtgreifung so viele Dinge angingen.

Das Revolutionsprogramm der DVPA enthält jedoch wesentliche Punkte, die nach den verfügbaren Informationen zu Recht angreifbar sind. Erstens wurde im Aufbau von Partei und Staat von Anfang an deutlich, daß die Partei keinerlei Beziehung zu den elementarsten Regeln der Demokratie hatte. Auch wenn man das, was auf diesem Gebiet in einem Land wie Afghanistan möglich ist, nicht idealistisch überschätzt, kommt man zu dem Urteil, daß die DVPA unnötig autoritär war. In der Partei wurden politische Meinungsverschiedenheiten per Ukas bereinigt, wobei diese Zentralisierung die Bildung von Splittergruppen eher noch begünstigte. Der Bruch mit den Parchamis und die nachfolgenden Säuberungsaktionen, die unmittelbar auf den Staatsstreich im April folgten, kamen die Partei teuer zu stehen. Eine andere Organisation der Partei hätte dies verhindern können. Es dauerte auch achtzehn Monate, bis die DVPA nach der Machtübernahme endlich von einer Verfassung sprach: Amin zögerte nach eigenen Aussagen,

sich mit der Verfassungsfrage zu befassen. Dabei hätte sie viel früher behandelt werden müssen.

Zweitens: Obwohl die größeren Reformen der DVPA fortschrittlicher Art waren, wurden sie anscheinend so durchgeführt, daß der Widerstand in der bäuerlichen Bevölkerung wuchs. Bei geschickterem Vorgehen wäre er vermeidbar gewesen. Dies gilt für die Bodenreform und für das Dekret über Eheschließungen. In beiden Fällen war die Regierung nicht in der Lage, die Dinge klar und deutlich auseinanderzusetzen und auf demokratische Weise durchzuführen. Die Bodenreform und das Dekret über Eheschließungen wurden daher zu Streitfragen, die die Konterrevolutionäre in ihrem Sinne nutzen konnten. Da die DVPA von der Landbevölkerung nicht aktiv unterstützt wurde, da es außerdem in Partei und Staat keine Führungskräfte gab, die man benötigt hätte, um die Reformen ohne Zwangsausübung durchzusetzen, hätte die Partei sich den Bauern gegenüber viel vorsichtiger verhalten müssen. Rückblickend kann man sagen, daß es sehr viel ungefährlicher gewesen wäre, durch offenkundige Versäumnisse Unterstützung zu verlieren, als durch hartes Durchgreifen Widerstand zu schüren. Das völlige Fehlen eines demokratischen Potentials, das schon bei der Durchführung der Reformen sichtbar wurde, offenbarte sich auch darin, wie das Regime eine seiner besten Karten verspielt zu haben scheint, nämlich seine Chancen auf dem Gebiet des Nationalitätenproblems. Zweifellos hätte es einige Zeit in Anspruch genommen, die nichtpaschtunischen Stämme für das Regime zu gewinnen. Fehlende Mitbestimmung im Staate und die völlig überzogenen Propagandaparolen der in den Minderheitensprachen veröffentlichten Publikationen scheinen jedoch dazu geführt zu haben, daß die einzelnen Volksgruppen ein paar Monate nach der Machtübernahme der DVPA um so leichter auf die Seite der Konterrevolutionäre gezogen werden konnten.

Auch die Art und Weise, in der sich das Regime an Moskau orientierte, hat offenbar unnötig Probleme bereitet. An der Spitze des Regimes stand eine prosowjetische Partei, die bereits vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges weitestgehend auf die Hilfe der Sowjetunion angewiesen war. Das war jedoch nicht der eigentliche Stein des Anstoßes. Angesichts der latenten antisowjetischen Strömung in Afgha-

nistan, die auf nationalistischen und religiösen Überzeugungen beruht, und angesichts der prochinesischen Einstellung in weiten Teilen der Intelligenz und der Tadschiken, hätte das Bündnis mit der UdSSR nicht mit einer derartigen Moskauhörigkeit zur Schau gestellt werden dürfen. In ihrem Bestreben, die Sowjets davon zu überzeugen, daß die DVPA die sowjetische Unterstützung voll und ganz verdiente, hat sich die Parteiführung noch vor der Intervention vom Dezember 1979 völlig grundlos Feinde im eigenen Lande gemacht.

Den härtesten Vorwurf muß man der DVPA jedoch wegen der repressiven Methoden machen, mit denen sie die Konterrevolution bekämpfte. Dieses Vorgehen ist moralisch unentschuldigbar und entbehrte jeder Notwendigkeit. Zweifellos tragen die konterrevolutionären Kräfte die Hauptverantwortung für das Ausmaß der Kampfhandlungen und die damit verbundenen Gewalttätigkeiten: Noch bevor die DVPA ihre Reformen auch nur in die Wege geleitet hatte, opponierten bereits die konterrevolutionären Führer. Diese waren es auch, die die üblichen Exzesse eines Bürgerkrieges noch steigerten, indem sie beschlossen, keine Gefangenen zu machen, sondern Parteimitglieder, die sie in ihre Gewalt gebracht hatten, zu exekutieren. Aus den Gebieten, die von den Aufständischen besetzt gehalten werden, sind Gefangenenverstümmelungen bezeugt. Dieses Ausmaß an Gewalttätigkeit mag das Verhalten der DVPA erklären, entschuldigt es jedoch nicht, so groß die Provokationen auch gewesen sein mögen. Die blindwütige Gegenoffensive in den ländlichen Gebieten und die Repressionen, mit denen die Partei in den Städten gegen die Masse der Bevölkerung vorging, sind nicht nur vom moralischen Standpunkt aus verwerflich, sondern auch politisch äußerst unklug. Die Konterrevolution wurde anscheinend dadurch geschürt, und die Parteigegner konnten weite Kreise der Bevölkerung zu ihrer Unterstützung mobilisieren.

Die sowjetische Intervention hat natürlich daran gar nichts geändert. Sie hat nicht etwa der neuen DVPA-Regierung zu Popularität verholfen. Durch die direkte Einmischung zahlreicher russischer Truppenteile in die inneren Angelegenheiten des Landes können die Widerstände gegen die Politik der Partei nur verstärkt worden sein. Die sowjetische Intervention hat auch in der Linken heftige Kritik ausgelöst, die jedoch leider zu erörtern vermied, welche Alternativen die sowjetische Führung gehabt hätte (nämlich Amin zu stüt-

zen oder sich völlig zurückzuziehen). Die Reaktionen, die die sowjetische Intervention auslöste, reichten von berechtigtem Zweifel an gewissen Behauptungen der Sowjetunion (Amin sei ein CIA-Spion gewesen, es habe *direkte* Aggressionen des Auslands gegen Afghanistan gegeben) bis hin zu unangebrachtem selbstgefälligem Schweigen darüber, daß fremde Staaten sich indirekt am Erstarken der Konterrevolution mitschuldig gemacht hatten.

Kritische Stimmen gehen vornehmlich davon aus, daß jegliche Form militärischer Intervention durch fremde Staaten von Sozialisten verurteilt werden müsse. Die meisten Formen fremder Intervention durch revolutionäre Kräfte sind nun in der Tat vom moralischen Standpunkt aus zu verurteilen und bewirken außerdem politisch genau das Gegenteil. Im Bemühen, das Vorgehen der Sowjetunion (beispielsweise in Ungarn und der Tschechoslowakei) zu rechtfertigen, waren die Argumente oft so sehr an den Haaren herbeigezogen, daß man auch im Falle Afghanistan ernsthafte Zweifel hegen muß. Sozialisten können jedoch nicht behaupten, militärische Aktionen im Ausland zugunsten revolutionärer Bewegungen seien unter allen Umständen unzulässig: Eine solche Aktion kann angesichts einer drohenden konterrevolutionären Intervention durch imperialistische Kräfte durchaus notwendig werden. Auch in bürgerkriegsähnlichen Situationen, wenn die unterstützte Regierung beispielsweise nicht mehr Herr der Lage ist, können solche Interventionen gerechtfertigt werden. Dafür müssen jedoch zwei Voraussetzungen gegeben sein: Erstens muß für solche Interventionen im betreffenden Land eine breite Unterstützung in der Bevölkerung bestehen, oder aber man muß mit einiger Berechtigung davon ausgehen dürfen, diese Unterstützung in naher Zukunft mit friedlichen Mitteln gewinnen zu können. Zweitens dürfen internationale politische Konsequenzen die möglichen Vorteile nicht überwiegen. Beim Einmarsch kubanischer Truppen in Angola waren diese Forderungen meines Erachtens klar erfüllt. Kritik muß jedoch an der russischen Einmischung in den spanischen Bürgerkrieg geübt werden, nicht etwa wegen der Intervention an sich, sondern wegen der ungenügenden Unterstützung, die die UdSSR den Republikanern zukommen ließ, und wegen der repressiven Maßnahmen, die die sowjetische Geheimpolizei in den Hochburgen der Republikaner ergriff*).

*) Zu dieser Passage gab der Autor der Redaktion noch die folgende Erläuterung: „Die Frage, ob eine

In Afghanistan wird man erst im Laufe der Zeit sehen können, ob die Sowjets das Spiel gewinnen, indem sie einen gewissen sozialen Fortschritt erzielen, wie wir ihn heute in der Mongolei haben. Das dortige kommunistische Regime kam 1921 durch eine ähnliche unmittelbare Intervention, mit der eine kleine revolutionäre Bewegung unterstützt wurde, an die Macht²¹⁾. Andererseits könnte es auch sein, daß die dauerhafte Präsenz der Sowjets und die Übernahme ihres politischen Systems ein ständiger Stein des Anstoßes für weite Teile der Bevölkerung sind. Dies würde dazu führen, daß sich keine postrevolutionäre Regierung auf Dauer etablieren könnte. Auf internationaler Ebene hat die militärische Intervention bereits eine schwere außenpolitische Krise ausgelöst. Sie bedroht das, was von der Entspannung noch übrig geblieben ist, bestärkt die streitlustigen unter den westlichen Politikern

Seit die Regierung Karmal mit sowjetischer Hilfe an die Macht kam, wurden einige Maß-

Intervention berechtigt sein mag, ist in der Tat schwierig, und in der Vergangenheit wurden oft unhaltbare Gründe für solche Aktionen bemüht. In meinen Augen trifft dies nicht nur auf die breite Skala imperialistischer Interventionen zu, sondern genauso auf Fälle wie die russischen Interventionen in Ungarn und der Tschechoslowakei und auch auf eine mögliche Aktion in Polen unter den jetzigen politischen Bedingungen. Wie auch immer — eine Ablehnung von militärischen Interventionen kann nicht a priori erfolgen; als „Prinzip“ wäre dies sowohl philosophisch zweifelhaft als auch praktisch unhaltbar. Es gibt einige mögliche Fälle, in denen eine Intervention für legitim gehalten und gerade mit dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung begründet werden kann. Der klassische Text von John Stuart Mill zu dieser Frage sieht nicht nur den Fall der Selbstverteidigung eines Staates vor, sondern auch die Intervention, die einer nationalen Gruppe im Kampf für ihre Unabhängigkeit zu Hilfe kommt — Beispiel etwa Ungarn in den 1840ern —, außerdem Fälle, in denen die Intervention der einen Seite eine Antwort auf eine vorhergehende Intervention eines anderen Staates ist; zu diesen drei berechtigten Gründen mag ein vierter treten, der mittlerweile allgemein akzeptiert wird, nämlich das Recht eines Staates zu intervenieren, wenn er damit den Kampf eines Volkes gegen eine Diktatur unterstützt. (...) In meinem Afghanistan-Artikel wollte ich einige Maßstäbe für die notwendige Diskussion darlegen. Sie werden feststellen, daß ich nicht etwa einem Urteil über diese Frage ausweiche, sondern lediglich versuche, einige allgemeine Richtlinien für die Diskussion zu entwickeln, die sicherlich noch eine ganze Weile andauern wird.“

²¹⁾ Vgl. E. H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, 1917 bis 1923, Bd. 3, London 1966, S. 508.

bei ihrer Rückkehr zum Kalten Krieg, erleichtert US-Abenteuer in Mittelamerika oder in der Golf-Region, erschwert dringend benötigter sowjetischer Hilfe den Zugang zum südlichen Afrika und begünstigt die Rückkehr der sowjetischen Regierung zur Repression im eigenen Lande. Die Carter-Regierung, die die Salt II-Verhandlungen auf Eis gelegt und das Mittelstreckenraketenprogramm in Europa in die Wege geleitet hat, ist insofern hauptverantwortlich für die Verschlechterung der internationalen Beziehungen, als sie die früher eingenommene maßvolle Haltung gegenüber sowjetischen Aktionen aufgegeben hat. Weltweit werden alle revolutionären Kräfte den Preis für die verheerenden Auswirkungen der afghanischen Konterrevolution, das autoritäre Vorgehen der DVPA-Führung, für die Fehler der sowjetischen Politik und die gegenwärtige imperialistische Offensive zahlen müssen.

Nachtrag

nahmen, die die Khalqi-Regierung eingeleitet hatte, auf Eis gelegt. Die Landreform wurde fast gänzlich gestoppt, in einigen Gebieten wurde den früheren Grundbesitzern die Rückkehr gestattet.

Angesichts der Reaktion des Islam und der Stämme mußte die Regierung auch einen Rückschlag in punkto Frauenemanzipation hinnehmen. Während es in Kabul bereits ein solides Grundniveau an Unterricht für Frauen gibt und viele junge Frauen den Chador oder die alles bedeckenden Tücher und Schleier abgelegt haben, scheinen die Unterrichtsprogramme für Frauen in den ländlichen Gebieten zum Stillstand gekommen zu sein. Ebenso ging es den Versuchen, den Brautpreis zu drücken: Töchter gelten auf dem Lande als Quelle des Reichtums, und einige Frauen, die nach den neuen Bestimmungen geheiratet hatten, wurden von den Rebellen erschossen.

Was die Menschenrechte anbelangt, hat sich ebenfalls ein Wechsel in der Politik vollzogen, allerdings ein ganz andersartiger: Beendet wurden die systematische Folter, Massenexekutionen und Massenverhaftungen, die den letzten Teil der Regierungszeit des Präsidenten Hafizulla Amin charakterisierten. Siebzehn Gefährten von Amin, denen nachgewiesen worden war, daß sie in seine Verbrechen verwickelt gewesen waren, wurden hingerichtet, ebenso ein pro-chinesischer Guerillaführer, den man in der Hauptstadt fing. An-

dererseits wurden fast alle diejenigen freigelassen, die nach Demonstrationen Anfang 1980 inhaftiert worden waren; und zwei zum Tode verurteilte Studentenführer wurden begnadigt.

Die Russen können es sich zugute halten, die mörderischen Praktiken der Amin-Periode gestoppt zu haben; allerdings ist die Situation auf dem Lande anders, wo der Krieg extrem brutal war und die Hauptlast der Kämpfe von den sowjetischen Kräften getragen wird. Die Rebellen sind durchweg in Greueltaten verwickelt; man weiß, daß sie ihre Gefangenen foltern und mißhandeln. Jedoch haben die russischen Maßnahmen gegen den Aufstand offensichtlich unnötige Zerstörungen von Dörfern und Tote unter der Zivilbevölkerung zur Folge gehabt.

Die Angaben über das russische Militärkontingent schwanken zwischen 45 000 (die Zahl, die die sowjetische Botschaft angibt) und 85 000 bis 100 000 nach westlichen Schätzungen. Über eine besondere ethnische Zusammensetzung der sowjetischen Streitkräfte ist nichts bekannt, aber es scheint, als würde ein überproportionaler Anteil der kämpfenden Einheiten aus Mitgliedern der kommunistischen Jugendorganisation (Komsomol) bestehen.

Obwohl durch Desertierungen geschwächt, hat die afghanische Armee keineswegs aufgehört zu bestehen. Zwar sind die gewöhnlichen Rekruten durchaus unwillig, in ernsthafte Gefechte verwickelt zu werden, aber sie werden immerhin für Patrouillengänge in den Städten eingesetzt; und das Regime kann sich auf die Unterstützung eines im wesentlichen politisierten Offizierskorps verlassen. Um die geringe Moral unter den Rekruten zu kompensieren, hat die Regierung etwa dreißigtausend junge Männer eingezogen, die die Partei unterstützen; diese haben an ländlichen Offensiven teilgenommen.

Die russischen und afghanischen Regierungskräfte haben einige militärisch-strategische Ziele erreichen können. Die wichtigsten Städte konnten gegen ernste Bedrohungen gesichert und mit militärischen Gürteln umschlossen werden.

Außerdem waren die Russen in der Lage, den Zufluß von Waffen von der afghanischen Armee zu den Rebellen einzudämmen, die sich ganz offen darüber beklagen, daß ihnen diese wichtige Quelle nun fehlt. In der Tat glauben sowohl die Russen als auch westliche diplomatische Quellen, daß die Rebellen in den letzten

Monaten gezwungen waren, sich in kleine Einheiten aufzuspalten, die nur Überraschungsangriffe wagen können und jede größere Konfrontation vermeiden müssen. Einige Regionen früherer Aktivität der Rebellen, so zum Beispiel das Tal von Kunar oder die fruchtbare Ebene nördlich von Kabul, wurden zumindest zeitweise von Aufständischen gesäubert.

Auf dem Lande herrscht jedoch immer noch Unsicherheit vor: Kürzlich wurde das Haus von Babrak Karmal, in einem Dorf nur wenige Meilen von Kabul entfernt, von Rebellen niedergebrannt, und der Minister für Stammesangelegenheiten, Faiz Mohammed Faiz, wurde bei einem Besuch auf dem Lande getötet. Sogar nach westlichen Schätzungen haben die Russen viel zu wenig Truppen, um die dreizehntausend auf den Bergen verstreuten Dörfer zu kontrollieren, und nach offiziellen sowjetischen Angaben ist ihre Aufgabe nicht so sehr, das Land besetzt zu halten, als vielmehr, die afghanische Regierung zu „schützen“. Aus diesem Grund haben sie sich aus vielen Regionen zurückgezogen, wodurch die Rebellen zurückkehren konnten.

Die Russen sind auch dadurch gehandicapt, daß sie nach Möglichkeit vermeiden, die pakistanische Grenze zu überqueren und die jenseits gelegenen Basen der Rebellen anzugreifen. Aus politischen Gründen scheinen sie nicht gewillt, auch nur das ohne weiteres technische Mögliche zu tun, um die Grenze zwischen den beiden Ländern dicht zu machen. Trotz gelegentlicher Angriffe von der anderen Seite sind die Russen sorgsam darauf bedacht, in keine direkten Konfrontationen mit Pakistan verwickelt zu werden, da dies weitere Hilfe des Westens an Zia ul-Haq rechtfertigen könnte. Die Regierung in Kabul hat ihrerseits die militanteren pakistanischen Oppositionsgruppen mit Basis in Baluchistan und an der Nordwestgrenze zurückgehalten, in der Hoffnung darauf, zu einem späteren Zeitpunkt mit den Autoritäten in Islamabad in Verhandlungen eintreten zu können. Außerdem neigt sie inzwischen dazu, die gemäßigeren Gegner Zias zu unterstützen, etwa die People's Party von Zulfikar Bhutto und die National Democratic Party von Wali Khan.

Das Hauptproblem von Karmal und seinen russischen Verbündeten ist jedoch interner politischer Natur. Obwohl die Politik von Babrak humaner und sozial weniger provokativ ist als die seiner Vorgänger, war er bis jetzt noch nicht in der Lage, eine breite Unterstützung innerhalb des Volkes zu gewinnen. Zum Teil

liegt dies an den Greueln des Amin-Regimes, zum Teil daran, daß das gegenwärtige Regime so eng mit den fremden Truppen verbunden ist, jedoch auch an der Unfähigkeit des Staates, die Sicherheit in den Dörfern zu garantieren und seine Beauftragten und Institutionen dort zu schützen.

Im Kampf gegen die Zentralregierung greifen die Rebellen auf landesübliche, traditionell verwurzelte Formen von Stammesabhängigkeit und Banditentum zurück. Plünderungen und Erpressungen spielen eine große Rolle bei ihren militärischen Operationen, und viele Rebellenführer in Pakistan haben Flüchtlingshilfe zugunsten eigener geschäftlicher Interessen unterschlagen.

Der soziale Charakter eines großen Teils der Rebellion ist auch aus den Zielen der Angriffe ersichtlich. Allein in der Provinz Herat wurden bisher über hundert Schulen zerstört, und aus diplomatischen Kreisen wird bestätigt, daß etwa die Hälfte der schulischen und medizinischen Einrichtungen auf dem Land im letzten Jahr von den Rebellen zerstört wurden.

Das andere substantielle Problem, mit dem die Regierung konfrontiert wird, ist der Konflikt in den eigenen Reihen zwischen der Khalq- und der Parcham-Fraktion. Es scheint nicht zuzutreffen, daß die beiden Gruppen Mitglieder der jeweils anderen Fraktionen umbringen, aber die Parchamis verhehlen nicht ihre Versuche, den Einfluß der Khalqis zurückzudrängen, und machen diese für die Exzesse der Taraki- und der Amin-Periode verantwortlich. Die Parchamis behaupten, daß es unmöglich sein wird, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen, wenn nicht erst alle für die Greueln Verantwortlichen entmachtet sind. Die Khalqis ihrerseits mißbilligen zwar die Untaten Amins, verteidigen aber das Andenken des ersten revolutionären Präsidenten Nur Mohammad Taraki. Sie behaupten, daß ihre Mitglieder immer noch die Mehrheit sowohl in der Partei als auch im Offizierskorps stellen. — Nichts, was ich im Lande sah und hörte, deutet darauf hin, daß es einen grundlegenden Wandel der sowjetischen Politik im Lande gäbe oder daß die sowjetischen Streitkräfte nicht bis zur Niederschlagung der Rebellion bleiben würden. Trotz vieler Spekulationen spricht nichts dafür, daß die Sowjetunion beim Machtantritt der DVPA im April 1978 beteiligt gewesen ist, und es lag ihr auch nicht besonders viel daran, ihre Truppen nach Afghanistan zu senden, als die Rebellion um sich griff. Nachdem die Russen Amin viel zu lange gestattet hatten, seine ruinöse Politik

durchzuführen, versuchten sie ihn das erste Mal im September 1979 zu stürzen, indem sie Taraki zu einer Palastrevolte ermutigten. Erst als diese fehlschlug, forcierten sie die direkte Säuberung von Amin, unterstützt durch ihre eigenen Truppen.

Vieles an den Umständen der sowjetischen Intervention im Dezember 1979 ist immer noch unklar, und sowohl russische als auch afghanische offizielle Stellen verwenden viel Zeit darauf zu beweisen, daß Amin ein CIA-Agent gewesen sei. Aber die im Westen so heftig bestrittene russische Behauptung, daß Amin selbst die russischen Truppen zu Hilfe gerufen hatte, ist offensichtlich wahr. Es ist bewiesen, daß er dies gegenüber einer konservativen arabischen Zeitung äußerte — am Tage vor seinem Sturz; nicht einmal die Khalqis selber bestreiten, daß Amin schon einige Zeit zuvor um sowjetische Hilfe gebeten hatte.

Gespräche mit Anhängern der Parchamis machen deutlich, in welchem Ausmaß ihre Fraktion bereits während der Khalq-Periode im Untergrund gegen Taraki und Amin kämpfte. Während Babrak und seine engsten Gefährten im Exil lebten, wurden viele der Leute, die in zwischen Schlüsselstellungen innehaben, im Gefängnis von Anhängern Amins gefoltert oder versteckten sich, um diesem Schicksal zu entgehen.

Die Russen haben sicherlich unrecht, wenn sie behaupten, daß der Sturz Amins eine ausschließlich inner-afghanische Angelegenheit gewesen wäre. Aber obwohl sie sicherlich den entscheidenden Beitrag zu seiner Absetzung leisteten, war ihre Intervention mit einer aktiven innerparteilichen Opposition koordiniert, die bereits seit einigen Monaten gegen Amin kämpfte. Die ironische Schlußfolgerung, der die Russen natürlich nicht beipflichten können, ist, daß im Grunde genommen beide Fraktionen daran interessiert waren, daß die Russen Truppen nach Afghanistan schickten.

Das besondere öffentliche Interesse, das die russischen Truppen in Afghanistan erregen, hat leider die Aufmerksamkeit von einem vielleicht viel wichtigeren Thema abgelenkt: der Frage nach der Lebensfähigkeit des DVPA-Reformprogrammes. An dieser Frage wird sich letzten Endes entscheiden, wie die sowjetische Rolle einzuschätzen ist.

Die Rebellen wollen, daß das Reformprogramm abgeschafft wird; für die Parchamis war die Revolution lange überfällig und ist nun irreversibel. Zwar machen es die Greuel des Amin-Regimes und ihre Angewiesenheit

auf fremde Truppen für sie schwierig, öffentliche Unterstützung zu gewinnen, aber sie halten daran fest, daß sie gar keine andere Wahl haben, als den einmal eingeschlagenen Weg fortzusetzen und das Land, wenn auch langsam, weiter zu modernisieren.

Obwohl sowohl von russischen als auch von afghanischen Regierungskreisen weit übertrieben, ist das Ausmaß ausländischer Hilfe für die Rebellen doch bedeutend: Pakistan steuert die offene Grenze, sichere Rückzugsmöglichkeiten und etwas militärische Unterstützung bei, während Geld und Waffen aus einer Vielzahl von Quellen stammen, sogar aus China und Ägypten. Ich selbst habe Aufständische mit britischen Panzerabwehrraketen gesehen, was natürlich den Verdacht aufkommen läßt, das Mrs. Thatcher und Mr. Carrington mit ihren Unterstützungsversprechen ernst gemacht haben.

Jedoch: Die Wahrheit, die jedem, der den Rebellen hilft, in zynischer Weise klar sein muß, ist, daß — vorausgesetzt, es findet kein größerer Wandel innerhalb der UdSSR statt — es für die afghanischen Guerillas keine realistische Chance für einen Erfolg gibt. Aber solange der Krieg in Afghanistan andauert, liefert er dem Westen bei relativ geringen Kosten einen Anlaß, Länder der Dritten Welt gegen Moskau zu mobilisieren und leichten Kredit in der islamischen Welt zu gewinnen. Und auch, wenn die Rebellen den Krieg gar nicht gewinnen können, wird das Ergebnis ihrer Unterstützung sein, daß die Russen auf alle Fälle länger in Afghanistan bleiben müssen. Man kann dies als eine Politik des „Kampfes bis zum letzten Afghanen“ bezeichnen.

Das Thema, um das es eigentlich geht, ist gar nicht die Existenz einer revolutionären und pro-sowjetischen Regierung in Kabul: Der Westen hatte sie nach dem April 1978 bereits akzeptiert, indem er die Regierung Taraki und Amin anerkannte. Das Thema der öffentlichen Erregung ist die Anwesenheit sowjetischer Truppen im Land. Aber abgesehen von dem

politischen Kapital, das der Westen gewinnt, wenn die Russen noch eine Weile bleiben, kann man sich fragen, inwieweit diejenigen, die jetzt auf der Rechten wie auf der Linken einen sofortigen Rückzug fordern, diesen tatsächlich willkommen heißen könnten. Solch ein Rückzug würde mit ziemlicher Sicherheit zu einem langen Bürgerkrieg führen, in dessen Verlauf viele politische, ethnische und nationale Risse innerhalb der afghanischen Gesellschaft aufbrechen würden. Solch ein Konflikt würde dem afghanischen Volk kaum etwas nützen. Zudem wäre er eine naheliegende Versuchung für externe Einmischungen und würde weiteren internationalen Spannungen Tür und Tor öffnen. Wenn letzten Endes tatsächlich ein ultra-konservatives, sich auf die Stämme stützendes Regime an die Macht käme, dürfte es schwerlich einzusehen sein, was dies der verarmten afghanischen Bevölkerung nutzen würde.

Es gäbe durchaus noch eine andere Möglichkeit: internationale Verhandlungen mit dem Ziel, die Ursachen der sowjetischen Intervention zu beseitigen, speziell die auswärtige Unterstützung, die den afghanischen Rebellen gewährt wird. Es ist solange fruchtlos, einen sofortigen Rückzug der sowjetischen Truppen zu fordern, wie Pakistan den Rebellen als Basis und einer Vielzahl anderer Länder als Durchgangsstation dient.

Die Beendigung solcher fremder Einmischung würde die Rebellion selbst nicht beenden, die andere Wurzeln innerhalb Afghanistans hat. Aber sie würde den wichtigsten aufreizenden Faktor beseitigen und dadurch den Rückzug der Sowjets immerhin beschleunigen. Vielleicht könnten dadurch unter den gegenwärtigen Bedingungen Verhandlungen zwischen der Regierung Babrak Karmals und den weniger unnachgiebigen Teilen der Aufständischen ermöglicht werden. Diejenigen, die einen sowjetischen Rückzug aus Afghanistan erwarten, haben also klare Alternativen vor Augen.

Friedrich von Krosigk: Der Nordirland-Konflikt. Dynamische Dimensionen einer politischen Dauerkrise

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/81, S. 3—19

Die ungebrochene Kontinuität der Gewalt in Nordirland stärkt die weitverbreitete statische Perzeption der ihr zugrunde liegenden Konfliktstrukturen. Maßgebliche politische Forderungen zur Überwindung der Krise sind noch heute von Mythen getragen, die an den Konfliktkonstellationen vergangener Jahrhunderte orientiert sind, den dynamischen Veränderungen im anglo-irischen, inneririschen wie inter- und innerkonfessionellen Beziehungsgeflecht vergangener Jahrzehnte jedoch keine Rechnung tragen. So hat die weltweite berechnete Entrüstung über die gewaltsame Unterdrückung der katholischen Minderheit nicht unerheblich dazu beigetragen, das Verständnis für die veränderte Position der protestantischen Majorität Nordirlands zu vernebeln; gerade aber diese Majorität ist es, die letztlich das Macht- und Gewaltzentrum Nordirlands bildet und den Schlüssel zur Überwindung der Krise in der Hand hat. Zum anderen fördert die starke politische und militärische Präsenz Großbritanniens in Ulster die Verdeckung der Tatsache, daß die Unruhen in der britischen Krisenprovinz längst europäische Dimensionen (und Verantwortlichkeit) gewonnen haben und nicht mehr abgelöst zu betrachten sind von den weitverbreiteten Krisenerscheinungen in den peripheren Regionen des EG-Raumes.

Die jüngsten Bemühungen der Regierung Thatcher, eine Irlandisierung des Konflikts durch stärkeren Einbezug Dublins und Zugeständnisse an republikanische Ansprüche auf Nordirland zu forcieren, läßt eine erneute — die gegenwärtigen Unruhen weit übersteigende — Welle protestantischen Widerstandes mit möglichen separatistischen Konsequenzen erwarten. Auf der Suche nach einem Ausweg aus der politischen Sackgasse, in der sich Nordirland befindet, sollte dieser potentielle protestantische Separatismus verstärkte Beachtung finden.

Fred Halliday: Krieg und Revolution in Afghanistan

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/81, S. 20—39

Die innenpolitische Lage Afghanistans ist ausgesprochen brisant, da sich die Demokratische Volkspartei nur mit militärischer Hilfe der Sowjetunion an der Macht halten kann. Der Autor zeigt im Detail auf, mit welchen innen- und außenpolitischen Kräfteverhältnissen die DVPA seit ihrer Machtübernahme konfrontiert war, welche Reformen sie durchführen wollte und welche Fehler sie dabei beging. Er kritisiert vor allem die repressiven Methoden, mit denen die DVPA ihre Gegner bekämpfte. Die sowjetische Intervention ist der sichtbare Endpunkt einer ganzen Reihe von Einmischungen.